

Bezugspreis: Vierteljahr 3.90 RM. monatlich 1.30 RM. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 14. September 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Arbeiterbataillone gegen Kornilow.

Die Arbeiter bewaffnen sich gegen Kornilow.

Klebowitsch wieder abgesetzt. — Prozeß Suchomlinow verurteilt. Petersburg, 12. September. (Reutermeldung.)

Waffenentscheidung zwischen Kerenski und Kornilow.

Stockholm, 13. September. „Svenska Dagblad“ meldet: Kerenski hat sich an die Spitze der Truppen Petersburgs gestellt und ist Kornilow entgegengezogen.

Petersburger Gemeindevahlen.

Niederlage der Menschewiki. Stockholm, 13. September. (Fig. Drahtber. d. „Vorw.“)

Schleunige Abreise der Engländer aus Rußland.

Stockholm, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Beilegung des schwedisch-amerikanischen Zwischenfalls.

Stockholm, 13. September. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Parteitag der französischen Sozialisten.

Der sozialistische Verwaltungsausschuss beschloß, den diesjährigen Parteitag vom 6. bis zum 9. Oktober in Bordeaux abzuhalten.

Die Hunger- und Friedensdemonstration in Turin.

Stockholm, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

labelt und bestimmt, daß alle ausgewiesenen Personen während der Durchfahrt durch Finnland angehalten werden müssen.

Rotterdam, 13. September. „Daily Mail“ erfährt aus Petersburg vom 11. September, daß die aus den verschiedenen russischen Gouvernements vorliegenden Nachrichten nach wie vor befriedigend seien.

Wie der Konflikt Kornilow-Kerenski ausbrach.

Stockholm, 13. September. „Virshewija Wjedomosti“ geben ausführlich die Unterredung zwischen Kerenski und dem früheren Oberprokurator Lwow wieder.

Petersburger Gemeindevahlen.

Niederlage der Menschewiki. Stockholm, 13. September. (Fig. Drahtber. d. „Vorw.“)

Schleunige Abreise der Engländer aus Rußland.

Stockholm, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Beilegung des schwedisch-amerikanischen Zwischenfalls.

Stockholm, 13. September. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Parteitag der französischen Sozialisten.

Der sozialistische Verwaltungsausschuss beschloß, den diesjährigen Parteitag vom 6. bis zum 9. Oktober in Bordeaux abzuhalten.

Die Hunger- und Friedensdemonstration in Turin.

Stockholm, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Luxburg-Depeschen.

Die Depeschen, die Graf Luxburg, der deutsche Gesandte in Argentinien, durch schwedische Vermittlung nach Berlin gesandt hat, liegen jetzt im Wortlaut vor.

Bei 1917, Nr. 32. „Die Regierung hat jetzt die deutschen und österreichischen Schiffe, auf die bisher eine Wache gestellt war, freigelassen.“

3. Juli 1917, Nr. 95. „Ich höre mit Sicherheit, daß der gegenwärtige Außenminister, der ein Gesandter von Ruf und Englandsfreund ist, in einer Geheim Sitzung des Senats gesagt hat, daß Argentinien in Berlin ein Besprechen fordern soll, keine argentinischen Schiffe mehr in den Grund zu bohren, und im Weigerungsfalle solle man die Beziehungen abbrechen.“

9. Juli 1917, Nr. 64. „Bitte die Antwort an Argentinien ohne irgendwelche Reizung zu Zugeständnissen zu zeigen, hinweisend auf die Gefahr weiterer Berichte.“

Die schlimmsten Enttäuschungen, die unsere auswärtige Diplomatie uns während des Weltkrieges bereitet hat, werden durch diese neueste Sensation noch erheblich übertroffen.

Man hat uns so ungeheuer viel über die Notwendigkeit schärferer Ziehung unseres diplomatischen Korps erzählt. Man hat große tatkräftige, energische und kluge Schichten des Volkes von der auswärtigen Vertretung Deutschlands ausgeschlossen, weil man ihnen nicht die notwendigen gesellschaftlichen Manieren, nicht genügend Laft und Schliff zutraute, um Deutschland an fremden Höfen vertreten zu können.

Aber dieser „Esel“ ist ja eigentlich noch das Harmloseste in den Luxburgschen Depeschen, da zweifellos jeder einseitige Leser für den Esel eine weit passendere Beziehung finden wird, als sie Herr v. Luxburg gefunden hat.

tungsvollen Posten gesetzt hat, und von dem Dr. H. Schlieben in dem genannten Buche sagt:

Für den Geist, der bei der Auswahl unserer Diplomaten vorherrscht, nur ein Beispiel von vielen. Keiner, der gedient hat, kann zugelassen werden, wenn er nicht in der Reserve mindestens die Leutnantistafel erlommen hat. Der Fall, daß ein untauglicher Militär ein vortrefflicher Diplomat sein könnte, scheint undenkbar. Mein Wunder, daß derartig gewählte Elemente mit Vorliebe auf die militärische Macht des Deutschen Reiches pochen, statt ihren Geist anzustrengen, um mit friedlicheren Argumenten zu überzeugen."

Mein Wunder, sagen wir, daß derartig gewählte Elemente auf den Gedanken kommen, man könnte durch spurloses Verschwindenlassen von Schiffen den richtigen Eindruck auf die Neutralen erzielen.

Auf einem Festessen hat gestern der englische Minister Bonar Law sich freimütig über Deutschland geäußert. Er sagte, England habe sich die Gemohnheit angeeignet, die deutschen Feinde zuweilen für übermenschlich an Weisheit und Kraft anzusehen. In einigen Fällen treffe das auch zu. Die militärische Kraft, die Deutschland gezeigt habe, sei wirklich wunderbar. Es habe keinen Zweck, das Gute am Feind, einschließlich seines persönlichen Mutes, wegzuleugnen. Aber glücklicherweise begingen die Deutschen in allen Fällen, wo es sich darum handelte, mit anderen Menschen fertig zu werden, Irrtümer, die mehr als einmal die Errettung der Alliierten und der Sache, für die sie kämpften, gewesen sei.

Eine Offenheit ist der andern wert. Mit derselben Freimütigkeit können wir nur erklären, daß diese Charakteristik Deutschlands durch den englischen Minister den Nagel auf den Kopf trifft. Militärische Leistung la. Geschick in der Menschenbehandlung ungenügend und noch darunter. Der Fall des Grafen Lutzburg ist ein neuer Beweis dafür, wie traurig es bei uns mit der Kunst der Menschenbehandlung in der auswärtigen Diplomatie bestellt ist und wie sehr eine radikale Reform des gesamten Systems nottut.

Stockholm.

Die Beratungen der russischen Delegierten.

Stockholm, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Beratung der russischen Delegierten mit dem Konferenzkomitee konnte gestern nicht beendet werden und wurde heute fortgesetzt. Die Russen hielten auch eine Separatberatung mit den Unabhängigen deutschen Sozialisten ab, welche infolge des Eintreffens von Herzfeld, Hofer, Wengels und Oskar Cohn hier 8 Vertreter hatten. Haase reiste heute ab.

Wie auf der Londoner Konferenz Stockholm sabotiert wurde.

Im „Bath“ bespricht Jean Longuet die alliierte Sozialistenkonferenz und nennt die Teilnehmer ausführlich, wobei er außer den schon bekannten erwähnt: Bernard Shaw, Sidney Webb, zwei portugiesische Delegierte, und „zwei Genossen — pardon Oberst — Crookwell, der dort unten ein Regiment südafrikanischer Gewerkschaftler anführte, eine englische Dame, Miss Scotland, die in schlecht erklärter Eigenschaft eine sozialistische Partei von Athen vertrat, deren Existenz sich bisher noch nicht bemerkbar gemacht hatte; dagegen fehlte die einzige bisher bekannte und geschätzte proletarische Organisation Griechenlands, der sozialistische Verband von Saloniki."

Die Organisation war von vornherein, Longuets Meinung nach, verfehlt. Der vorbereitende Ausschuss machte eine Entscheidung in den weitestgehenden Fragen von vornherein unmöglich durch den Entschluß, daß nur einstimmige Beschlüsse Gültigkeit erlangen sollten.

Die französischen Delegierten erweckten durchaus, trotz des formellen Beschlusses ihrer Partei, den Eindruck, nur gekommen zu sein, um gegen die Stockholmer Konferenz zu arbeiten, währenddem die überwältigende Mehrheit der Delegierten Mandate für die Beschickung der Konferenz hatte. Das ging so weit, daß beim fünften Programmpunkt Bernard Shaw in schärfstem Ton ausrief: „Wann werden die französischen Vertreter mit ihrer Obstruktion aufhören?" Aus einem Munde tiefen die Delegierten der Minderheit: „Sagen Sie besser: Wann werden es die französischen Mehrheitsler?"

In Wahrheit wollten Renaudel und seine Freunde eigentlich nicht Obstruktion machen. Aber ihre Verlässlichkeit, zu verhindern, daß die Konferenz vor allem andern ihren Willen, nach Stockholm zu gehen, bekundete und die langen Auseinandersetzungen über den Völkerverbund und mühsige philosophisch-politische Betrachtungen über „Verantwortlichkeiten" verdarben alles und machten den ausländischen Delegierten einen peinlichen Eindruck. So wurde es auf dieser Konferenz verhindert, daß der fast einstimmige Wille der organisierten Sozialisten der verbündeten Länder, mit allen Sozialisten der Welt die Friedensbedingungen und Kriegsziele festzusetzen, in aller Klarheit zur Geltung kam. Eine die Entscheidung hinauschiebende Resolution de Brouder wurde mit 53 gegen 28 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Dagegen stimmten die Russen, die Italiener, die Portugiesen, die Mehrheit der Engländer, die französische Minderheit; die Mehrheit enthielt sich der Abstimmung. Für de Brouder stimmten die Belgier (denen deshalb im „Socialiste belge" und von den im Land geborenen Genossen, wie Anseele, heftig widersprochen wird), ein paar Engländer, die italienischen Reformisten, Miss Scotland und Oberst Crookwell.

Hyndman, der gegen internationale Konferenzen sprach und eine dementsprechende Resolution einbringen wollte, sprach, wie Longuet sagt, unter Gelächter und Achselzucken der Zuhörer.

Die von Mac Donald eingebrachte Resolution, die gegen die Verweigerung der Pässe protestiert, wurde mit 50 Stimmen gegen 2 angenommen.

Diese Mitteilungen Longuets haben gegenwärtig noch ein besonderes aktuelles Interesse, weil sie beweisen, daß die Opposition der französischen Mehrheit gegen Ribot mit seiner Verweigerung der Pässe für Stockholm nicht das geringste zu tun hat.

Noch ein englischer Schwindel gegen Stockholm.

Am Vorabend der Entente-Sozialistenkonferenz wurde in der englischen Presse eine Resolution veröffentlicht, die in einer „von 100 bis 500 Delegierten besuchten Parteikonferenz im besetzten Belgien" angenommen worden sei. In jener Resolution wird der Entschluß ausgesprochen, die Stockholmer Konferenz auch dann nicht zu beschicken, wenn Engländer, Franzosen und Italiener hingehen sollten. Nach den Behauptungen der englischen Blätter

Geringe Kampfaktivität um Verdun — Russische Gegenoffensive in Livland — Kämpfe am Schrida-See — Ueber 500 Italiener am Monte San Gabriele gefangen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 13. September 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei geringer Sicht blieb die Geschützaktivität auch an den Kampffronten bis auf vorübergehende Feuersteigerungen und Vorkampfbefehle im allgemeinen gering.

Leutnant Sof schah im Luftkampf seinen 47. Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold.

Südlich der Straße Riga—Wenden wichen unsere Kavallerie-Posten stärkerem russischen Druck über Moritzberg und Neukampen aus.

Nördlich von Saranowitschi, östlich von Tarnopol und am Zbrucz lebhaftes Störungsfeuer und Erkundergepöhl.

Zwischen Dnjestr und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Südwestlich des Schrida-Sees sind nur schwache feindliche Abteilungen ins Gebirge gedrungen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 13. September 1917, abends. Amlich. In Flandern lebhaftes Artillerietätigkeit. Sonst nichts Wesentliches.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 13. September 1917. (B. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In der Bukowina und am Zbrucz lebhaftere feindliche Artillerie- und Patrouillentätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das schwere feindliche Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen am Monte San Gabriele und östlich von Örz dauert an. Bei Sänderung unserer Gräben am Nordwestabhange am Monte San Gabriele wurden in erbitterten Kämpfen seit gestern früh 23 Offiziere, 535 Mann als Gefangene eingebracht und 12 Maschinengewehre erbeutet. Gegen Vellece vorgehende starke feindliche Patrouillen wurden abgewiesen. In Tirol und Kärnten behinderten heftige Gewitterregen und Schneefürne die Geschützaktivität.

Albanien.

Keine Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

wurde der Beschluß mit allen gegen 2 Stimmen gefaßt. — Dazu erklärt nun der „Belgische Sozialist", aus sicherster Quelle berichten zu können, daß eine solche Versammlung in letzter Zeit überhaupt nicht stattgefunden hat. Wenn die vor geraumer Zeit in Brüssel abgehaltene Sitzung des „Landesrats" gemeint sein sollte, so sei bei der Angabe der Delegierten mindestens eine Auflösung gefaßt worden. Ueber diese Sitzung macht der „Belgische Sozialist" folgende positiven Angaben:

„Die Versammlung in Brüssel war von etwa 60 Personen besucht, während der „Landesrat" (in dessen Namen die Resolution gefaßt sein sollte) aus ungefähr 120 Delegierten besteht. Viele Mitgliedschaften waren nicht vertreten. Die Frage, ob die erschienenen Personen ein reguläres Mandat hatten, wolle wir nicht einmal aufwerfen. Viele der örtlichen Parteivorstände hatten sogar nicht einmal Kenntnis vom Stattfinden der Zusammenkunft des Landesrats. Und nun das Resultat der Abstimmung: Es stimmten 30 für die Resolution, 8 dagegen und einer enthielt sich der Stimme.

Es ist doch wohl sonnenklar, so schreibt der „B. S.", daß bei einem solchen Resultat keine Rede von einem bindenden Beschluß, wohl gar namens der Partei, sein kann. Die veröffentlichte Resolution beruht also auf Schwindel. Und wir stellen jetzt die Frage: Wer ist der Fälscher?"

Kaiser, Volk und Frieden.

Ein interessantes Telegramm Wilhelm II.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." veröffentlicht jetzt den Wortlaut jenes im Auszug schon bekannten Telegramms vom 20. August 1905, in dem Wilhelm II. dem Jaren den Rat erteilt, beim Abschluß des russisch-japanischen Friedens die Duma mitrichten zu lassen.

Die Depesche hat folgenden Wortlaut:

Mein Vorkämmerer meldet mir soeben, daß Du die Veröffentlichung des Dekrets befohlen hast, das die Einberufung der „Großen Duma" betrifft. Die Statuten seien in den Grundzügen unserem Staatsrat ähnlich, was ihr die Eigenschaft einer beratenden Körperschaft verleihe. Ich bitte Dich, meine wärmsten Glückwünsche zu diesem großen Schritt nach vorwärts in der Entwicklung Rußlands anzunehmen.

Aus den Zeitungen erziehe ich, daß im allgemeinen die Friedensverhandlungen befriedigend fortschreiten, aber daß einige Punkte vorliegen, die gewisse Schwierigkeiten für die Einigung bieten. Ehe Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden oder für die Fortsetzung des Krieges trifft — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Endergebnis schwer voranzusehen sind, und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten — wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands.

Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt,

auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge Frieden zu schließen. Wenn sie, also Rußland selbst, dessen Ehre für gewahrt hält, so kannst Du Dein Schwert in die Scheide stecken mit den schönsten Worten Franz I.: „Nies ist verloren außer der Ehre." Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder in der übrigen Welt hat ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln.

Wenn andererseits die Duma die Vorschläge für unannehmbar erachtet, und die japanische Regierung sich weigert, auf einer anderen Basis zu verhandeln, dann wiederum ist es Rußland selbst, das durch die Stimme der Duma Dich, seinen Kaiser, auffordert, den Kampf fortzusetzen. Dadurch würde sie die volle Verantwortung für die gesamten Folgen auf sich nehmen und Dich ein für allemal vor der Welt und vor der Geschichte in Zukunft vor dem Vorwurf schützen, daß Du Tausende von vaterlandsliebenden Söhnen, ohne das Land zu fragen oder gar gegen ihren Willen, geopfert hättest.

Dies wird Deiner persönlichen Tat eine große Macht und Kraft verleihen, da Du Dich durch den

Willen der Gesamtheit Deines Volkes

getragen fühlen wirst, das entschlossen ist, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, ohne Zeitaufwand, Verluste und Entbehrungen zu scheuen. Nur unter solchen Bedingungen läßt sich der Krieg ja fortsetzen.

Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstigste Gelegenheit vorübergehen lassen, mit dem Empfinden und Wollen Deines Landes in bezug auf den Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wozu es ein positives Recht hat. Du würdest auch der Duma sogleich eine gute Gelegenheit geben, zu arbeiten, zu zeigen, was sie vermag, und darzutun, ob sie die Erwartungen, die jeder auf sie setzt, erfüllt.

Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so furchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich ist für irgend einen sterblichen Herrscher, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes! Möge Gott mit Dir sein! Vergiß nicht die Beförderung der Pioniertruppen gegenüber der Garde!

Jeder Satz dieses Telegramms trifft die alldeutschen Schreier für den Krieg und gegen den Reichstag wie ein Keulenschlag.

Diese Schreier sagen, wenn der Kaiser dem Reichstag einen Einfluß auf den Abschluß des Friedens gewähre, so degradiere er sich selbst zum Schattenkaiser.

Diese Schreier wollen, daß der Krieg auch dann weiter fortgeführt wird, wenn ein Friedensschluß im Sinne des Reichstagsbeschlusses erreichbar ist.

Darauf bekommen sie die Antwort, daß „kein sterblicher Herrscher" sich dem Vorwurf aussetzen dürfe, daß er „Tausende von vaterlandsliebenden Söhnen, ohne das Land zu fragen, oder gar gegen ihren Willen geopfert hätte".

Der Einwand, Rußland sei im Krieg gegen Japan geslagen worden, Deutschland aber habe gesiegt, ändert gar nichts an der Berechtigung des Vergleichs. Denn der Deutsche Reichstag fordert ja auch nicht Herausgabe deutschen Reichsgebietes an den Feind, er fordert keinen Frieden im Sinne jenes von Portsmouth.

Das Telegramm von 1905 zeigt den Weg, den der Reichstag im Jahre 1917 zu gehen hat.

Painlevés Ministerium.

Die Sozialisten in Opposition.

Painlevé hat ein Ministerium gebildet, das allen Vermutungen widerpricht. Ribot stürzte über den Rücktritt Malys. Sein Versuch, ein neues Ministerium zu bilden, scheiterte an dem Widerstand der Sozialisten. Die Absicht, ohne die Sozialisten ein Kabinett zustande zu bringen, schlug fehl, da Painlevé als Kriegsminister die Mitarbeit der Sozialisten zur Bedingung machte.

Nun wohl! Painlevé hat ein Ministerium ohne und gegen die Sozialisten gebildet!

Ein Ministerium, in welchem der frühere Ministerpräsident Ribot die auswärtigen Angelegenheiten führt! Der „Temps" und der „Figaro" haben um die Wette verlangt, daß auf die Wünsche der Sozialisten keine Rücksicht genommen wird. Ihre Politik hat triumphiert.

Das neue Ministerium wird noch schärfer dadurch gekennzeichnet, daß in das innere Kriegskomitee auch Barthou, der grimmigste Dasser Jaurès' und Caillaux', aufgenommen ist. Das Kriegskomitee ist eine Neuerrichtung, nachgebildet dem engeren englischen Kabinett. Ihm gehören auch Staatsmänner an, welche kein Sachministerium leiten. Die Ministerliste ist:

Vorsitz und Krieg: Painlevé, Justiz: Peret, Auswärtiges: Ribot, Inneres: Steeg, Marine: Chaumet, Rüstungsangelegenheiten: Loucheur, Finanzen: Aloy, Kolonien: Besnard, Öffentliche Arbeiten: Clavelle, Unterricht: Daniel Vincent, Arbeit: Renard, Handel: Clementel, Ackerbau: David, Lebensmittelversorgung: Maurice Long, Auswärtige Missionen: Franklin-Bouillon.

Staatssekretäre und Mitglieder des Kriegskomitees sind: Barthou, Leon Bourgeois, Doumer und Jean Dupuy.

Nach dem Sturz Ribots hat die „Humanité" geschrieben: Die Sozialisten wollten sich nicht absondern, und sie wüßten, was sie der Wohlfahrt des Landes schuldig seien. Sie würden keine unannehmbaren Forderungen stellen, sondern, wenn man an sie herantrete, erklären, was ihnen für die gute Führung in Krieg und Frieden notwendig sei. Eine demokratische, republikanische Aktion sei notwendig, um einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Alle Verantwortlichkeiten, die im Trüben hielten, müßten aus dem Wege geräumt werden. Im übrigen glaubt Renaudel, daß die Sozialisten in der augenblicklichen Stunde nicht allein handeln müßten und nicht allein handeln werden.

Die Sozialisten haben sich nicht abgelehnt, sie sind abgelehnt worden. So ist es kein Wunder, daß sie wider Willen in Oppositionstellung gedrängt sind. Das Komitee der vereinigten Sozialisten hat seinen Mitgliedern den Eintritt in das Kabinett Painlevé verboten und die „Humanité" schreibt: Painlevé versteht es nicht, durch Verwirklichung seines Programms, für das eine Verhängung erzielt schien, die geeigneten Verantwortlichkeiten zu finden. Painlevé hatte ein Ministerium gebildet, das nichts anderes war als eine Kopie des Ministeriums Ribot und es entbehrt derselben Elemente wie dieses. Der Mißerfolg Painlevés wird sich in mancher Hinsicht geltend machen.

Das neue Kabinett stellt einen Augenblickserfolg Poincarés dar. Es ist ihm gelungen, Clemenceau, seinen erbitterten Feind, von der Macht fernzuhalten und die Sozialisten auszuschließen, deren dazwischenliegende Reizungen seiner Kriegspolitik strads widerverlaufen. Ein Vorrussieg! Die Basis des neuen Ministeriums ist viel zu schwach, als daß es die großen Gefahren der inneren und besonders der äußeren Politik Frankreichs, wie sie sich aus den katastrophalen Verhältnissen Rußlands ergeben, sicher bannen könnte.

Ribot und Barthou sind zwei Vertreter des energischsten Kriegswillens. Barthou ist der Vater des Dreijährigesgesetzes, Ribot der Vater der französisch-russischen Allianz, Träger und Beförderer der Revanchegedanken bis in die letzte Zeit. Dieses Kabinett will wahrscheinlich keinen Verständigungsfrieden und könnte, selbst wenn es wollte, diesen Versuch in seiner heutigen Zusammenfassung nicht unternehmen, weil es keine überwältigende Mehrheit der Kammer und vermutlich auch nicht des Landes hinter sich hat und keine überwältigende Verantwortung tragen kann.

Ein neuer französischer Skandal.

Die französische Presse deutet mit verdeckten Worten einen neuen Skandal an, der mit der Auffindung von 25 000 Franken Schweizer Banknoten sowie von bloßgestellten Papieren im Pulte eines Deputierten zusammenzuhängen scheint. Nach den Andeutungen der Presse kommen die beiden Oppositionsdeputierten Jean Bon und Turmel in Betracht. Die Einzelheiten sind zum jetzigen Zeitpunkt „Figaro“ möchte, daß ein Strafantrag gestellt werde. „Matin“ berichtet über eine Unterredung mit einem ehemaligen Minister, der erklärt habe, der Fall sei außerordentlich unangenehm, es sei schade, daß der Betreffende Knopfstiefel trage. (Eine Andeutung auf die Schuhbänder Almerendas.) Einige Neußerungen erwecken den Anschein, daß Deschanel mit Poincaré in der Angelegenheit Rücksprache genommen hat. „Figaro“ meint, es handle sich um ein viel gefährlicheres Manöver, als die früher bekannt gewordenen Skandale.

Der Deputierte Turmel richtete nach einer Pariser Weidung einen Brief an Deschanel und erklärte, die in seinem Pulte aufgefundenen 25 000 Franken Schweizer Banknoten seien Adolophonorate. Es werde ihm leicht sein, die gegen ihn erhobenen Verleumdungen des Verrates zu entkräften.

Wekerles Friedensrede.

Für Wirtschaftsbündnis und Währungschaos.

Ministerpräsident Wekerle entwickelte am Mittwoch im Abgeordnetenhaus das Programm der neugebildeten Regierung. Er erklärte, daß er sich namentlich bezüglich des Wohlrechts zu denselben Grundsätzen bekenne, wie sein unmittelbarer Vorgänger. Sollte es unmöglich sein, im gegenwärtigen Abgeordnetenhaus eine Wahlreform durchzubringen, so werde die Regierung diese Frage dem Urteil der Nation unterbreiten und Neuwahlen anordnen. Der Ministerpräsident verbreitete sich sodann über die in den verschiedenen Verwaltungszweigen zu schaffenden Reformen und sagte hierauf:

Was unsere auswärtige Politik anbelangt, muß ich erwähnen, daß diese auf der vor dem geehrten Hause wiederholt dargelegten Grundlage selbst in ihren Nuancen vollkommen unverändert bleibt.

Wir waren die ersten, die den Krönungen Seiner Majestät getreu im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, dem Deutschen Reich, nicht nur unseren Wunsch, sondern auch unsere vollste Bereitwilligkeit zum Abschluß dieses Friedens zum Ausdruck brachten. Diese unsere Bereitwilligkeit wurde feierlich bestätigt durch die im Einvernehmen mit der kaiserlich Deutschen Regierung erfolgte Friedensresolution des Deutschen Reichstags sowie durch die am 17. Juli veröffentlichten offiziellen Erklärungen unseres Ministers des Auswärtigen.

In großen Augen begründeten wir sogar die Bedingungen der Verständigung, indem wir erklärten, daß unser Verteidigungskampf auf keinerlei Eroberungen abzielt und daß wir den wirtschaftlichen Krieg der Völker gleichfalls verwerfen, daß wir einen anständigen und dauerhaften Frieden, der unsere Interessen nicht verletzt, erstreben und daß wir sogar, um eine Wiederholung des Krieges zu vermeiden, auch das für wünschenswert erachten, daß an Stelle der rohen Gewalt der Waffen in den Beziehungen der Völker ein moralisches Reich des Rechts trete. Auch neuerdings nahmen wir mit Dankbarkeit und Bereitwilligkeit die gleichfalls hierauf abzielenden Friedensbestrebungen des Heiligen Vaters auf.

Unsere weitgehende Bereitwilligkeit lau selbstredend nur dann zum Ziele führen, wenn sie auch im Kreise unserer Feinde auf wünschenswertes Verständnis stößt. Ohne das letztere werden wir im Bewußtsein unserer Stärke und der unumstößlichen Kriegslage mit einer auch infolge der neueren Kampferfolge unserer Truppen gestärkten Entschiedenheit unseren Kampf bis zum Ausschreiten fortsetzen, damit wir in der Zukunft nicht nur unsere Parteinteressen, sondern auch die Segnungen eines bleibenden Friedens und gegenseitigen Vertrauens führen.

Der Ministerpräsident sprach weiter über die Notwendigkeit, die Baluta, das Wertverhältnis des österreichisch-ungarischen Geldes gegenüber dem ausländischen zu verbessern, und versicherte, daß die dualistische Form der Monarchie nicht geändert werden solle.

Nach dem Ministerpräsidenten ergriff der Führer der Opposition Graf Tisza das Wort. Er sagte, er befinde sich in voller Übereinstimmung mit der Darlegung des Ministerpräsidenten namentlich bezüglich der auswärtigen Politik. Was die Wahlreform betreffe, beharre er jedoch auf seinem früheren Standpunkt. Insbesondere erklärte er sich gegen einen Appell an die Wähler während des Weltkrieges, da dies nach seiner Ansicht den Landesinteressen widerspreche.

Sodann drückten die Vertreter der verschiedenen Fraktionen ihre Zustimmung zu der Ausführung des Ministerpräsidenten aus. Graf Karolyi sprach für Neuwahlen, er warnte den Ministerpräsidenten, ein Kompromiß mit dem Grafen Tisza einzugehen.

Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten zeigt, daß man im verbündeten Ausland an der vorbehaltlosen Zustimmung des deutschen Reichskanzlers zum Friedensprogramm des Reichstags nicht zweifelt und daß man auch keineswegs wünscht, Anlaß zu solchen Zweifeln zu haben.

Holland und die belgische Unabhängigkeit.

Im Haag, 12. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Mitteilungen der katholischen Zeitung „Lyd“ über die vermutliche Erklärung der deutschen Antwortnote an den Papst, daß Belgien unabhängig bleiben solle, jedoch unter den Bedingungen der Rüstungsbeschränkungen und der Verwaltungstrennung von Flandern und Wallonien, veranlassen die holländische Presse zu der Warnung, durch die Stellung solcher Bedingungen die gute Wirkung einer offiziellen Erklärung über die Unabhängigkeit Belgiens nicht zu zerstören. Der liberale „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt: „Nicht Belgien allein darf zur Abrüstung gezwungen werden, diese ist nur möglich, wenn alle Staaten auf internationale Vereinbarung hin abzurufen.“

Auch die Forderung der Verwaltungstrennung wäre einem unabhängigen Staat gegenüber unzulässig, wenn auch die Trennung an sich erwünscht sei. — Das sozialistische Blatt „Het Volk“ nennt die Forderung der Verwaltungstrennung zwischen Flandern und Wallonien eine Einmischung in belgische innere Angelegenheiten und deshalb einen Einbruch in die angekündigte Unabhängigkeit. Die deutsche Regierung habe ohnehin schon die ruhige Entwicklung der flämischen Bewegung durch die in den besetzten Gebieten betriebene Politik verdorben und die Flaminganten verächtlich gemacht. Wenn Deutschland nicht eine eigene Machtstärkung in Belgien, sondern eine Verstärkung der flämischen Bewegung wünsche, so möge es sich jeder Einmischung in die flämische Frage enthalten. Eine Beschränkung der belgischen Befugnisse zum Abschluß von Bündnissen sowie der Rüstungspolitik sei nur annehmbar zusammen mit einer internationalen Vereinbarung über beide Punkte, wobei auch Deutschland Verpflichtungen übernimmt.

(Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Vermutungen der „Lyd“ über den angeblichen Inhalt der deutschen Antwortnote vollkommen unbefähigt geblieben sind. Red. d. „V.“)

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 12. September. Einem unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Gerlach, hat im Atlantischen Ozean neuerdings acht Dampfer und zwei Segler mit

31 000 Brutto-Register-Tonnen

versenkt, darunter die englischen bewaffneten Dampfer Bolobia (5689 To.) mit landwirtschaftlichen Maschinen und Nahrungsmitteln nach England, Heatherfide (2767 To.) mit Kohlen nach Malta, Marmion (4066 To.) mit Hafer und Stahl nach Bordeaux, Trefocke (3071 To.), wahrscheinlich mit Munitionsladung, bewaffneter englischer Hilfs-transporter Elwid Lodge mit 5790 Tonnen Reis nach England, italienischer bewaffneter Dampfer Ahi (5300 To.) mit Kohlen nach Italien, portugiesischer Dampfer Dvar ex Casablanca (1650 To.) mit Kohlen nach Portugal, sowie ein Dampfer mit 6000 Tonnen Reis nach England.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Nachklänge zum Seegefecht bei Hornsriff.

Wie die Engländer die dänische Neutralität mißachteten.

Berlin, 13. September. Zu dem Zusammenstoß unserer Vorpostenboote am 1. September 1917 nördlich Hornsriff mit englischen Seestreitkräften liegt nunmehr der eingehende Bericht des ältesten Offiziers der Vorpostenboote vor. — Um 6 Uhr morgens wurden von den vier arbeitenden Booten Rauchwolken in nordwestlicher Richtung wahrgenommen, die schnell näher kamen. Da es sich nur um feindliche Kreuzer oder Zerstörer handeln konnte, wurde von den an Kampfkraft unterlegenen Vorpostenbooten die dänische Küste angesteuert. Um 6 Uhr 50 Minuten eröffneten die feindlichen Zerstörer zu erkennen waren, das Feuer, das von uns nicht erwidert wurde, da die dänischen Hoheitsgewässer bereits erreicht waren. Die Engländer setzten jedoch ihre Feuer fort, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß ihre Geschosshauschläge in dänisches Hoheitsgebiet fielen, auch dann noch, als die vier Vorpostenboote bereits auf Strand aufgelaufen waren. Die Besatzungen unserer Fahrzeuge hatten teils schwimmend, teils in Booten den Strand erreicht, wo sie sich erschöpft zunächst niederlegten. Bald mußten sie jedoch hinter die nächste Dünenfalte flüchten, da nunmehr die Engländer die am Strande liegenden und noch im Wasser befindlichen Leute mit Maschinengewehren beschossen. Eines der englischen Torpedoboote ging hierzu bis auf 200 Meter an Land heran und beschrieb, von Süden nach Norden dampfend, die Küste mit seinen Maschinengewehren. Nicht genug damit, wurden alsdann die hinter den Dünen liegenden Leute mit Schrapnells beschossen. Zahlreiche Granaten der Engländer fielen bis 5000 Meter in das Land hinein. — Der Bericht beweist, daß die Engländer mit voller Absicht die dänische Neutralität verletzten.

Kleine Kriegsnachrichten.

Katholische Friedensdemonstration. Haag, 11. September. (Meldung des Korrespondenzbureaus.) Die zahlreich besuchte Friedensversammlung der katholischen sozialen Aktion hat beschlossen, dem Papst für seine Initiative, als Friedensrichter zwischen den kämpfenden Nationen aufzutreten, telegraphisch zu danken und die Erwartung auszusprechen, daß alle Katholiken in der ganzen Welt die Bemühungen des Papstes unterstützen werden.

Die Kriegsteilnehmerorganisation der Kriegervereine.

Mit Unterstützung der Regierung?

Man schreibt uns: Am Sonntag, den 9. September, hat der Rhythäuser-Bund, die zentralistische Spitze der deutschen Kriegervereine, auf dem Rhythäuser eine Delegiertenversammlung abgehalten. Vertreter von Staats- und Reichsbehörden waren dabei. Zunächst zeigte die Tagung die angebliche politische Neutralität der Kriegervereine dadurch im besten Licht, daß sie gegen die Friedensresolution des Reichstags Front machte und eine entsprechende Entschlieung annahm. Dies geschah, ohne daß etwa einer der anwesenden Regierungsvertreter ein Wort des Widerspruches erhoben hätte.

Von größter Tragweite ist ein zweiter Beschluß, zu dessen Verwirklichung einflußreiche Kräfte am Werke sind. Es ist dies die Gründung eines in den Kreisen der Kriegervereine vor der Tagung schon vielfach erörterten, in seinen finanziellen Grundlagen auf umfangreiche Privat Spenden und Sammlungen gestellten „Reichs-Krieger-Banks“. Gedacht ist die neue Organisation als die Zusammenfassung aller derer, die am Kriege teilgenommen haben. Soweit die Kriegsteilnehmer nicht im Fahrwasser der Kriegervereine segeln, sollen sie durch die Aussicht auf materielle Vorteile herangelockt werden. Man will eine Veteranen-Beihilfe ins Leben rufen, auch die Unterstützung bedürftiger Mitglieder betreiben, und sich auch der Hinterbliebenen der Kriegsgesessenen und der Kriegsbeschädigten annehmen. Die erforderlichen Mittel hofft man durch private Spenden und durch eine im größten Umfange betriebene Reichsammlung zu erhalten.

Dabei rechnet man auf die finanzielle Unterstützung des Reiches und der Bundesstaaten. Um die ganze Organisation von vorn herein im größten Umfang aufbauen zu können, sollen der Reichskanzler, Hindenburg und der preussische Kriegsminister an die Spitze gestellt werden.

Erst später soll dieser Plan bekanntgegeben werden, zunächst aber soll eine besondere Kommission die Genannten für die Organisation zu gewinnen suchen, und die zur Vorbereitung der sonst zur Durchführung des Planes erforderlichen Maßnahmen treffen.

Soweit das Tatsächliche.

Es wird abzuwarten sein, ob sich der Reichskanzler und die genannten Personen der Heeresleitung zu diesen durchsichtigen, alldeutscher konservativen Zwecken dienenden Plänen hergeben werden. Eine solche Gunst würde ein äußerst interessantes Faktum sein, zumal uns bekannt ist, daß die leitenden Stellen des Kriegsministeriums bei anderer Gelegenheit einem Zusammenschluß der ehemaligen Kriegsteilnehmer den denkbar schärfsten Widerstand entgegen gesetzt haben und noch entgegen setzen. Hierbei handelte es sich allerdings nicht um einen Zusammenschluß im Geiste der Kriegervereine und des reaktionären Alldeutertums, hierbei sind keine Resolutionen gegen die Reichstagsmehrheit angenommen worden. Wir werden also abzuwarten haben, ob das Kriegsministerium nur solchen Zusammenschlüssen von Kriegsteilnehmern günstig gesonnen ist, deren Gründer zuvor sich auf den alldeutschen Boden gestellt und Proteste gegen die Reichstagsmehrheit angenommen haben, und ob es seinen Vornachschuß nur gegen solche richtet, die auf anderem Boden stehen.

Auch auf das Verhalten der zivilen Behörden kann man gespannt sein.

Der Umstand, daß einzelne Regierungsvertreter für die Sache sich erwärmt haben, daß auf der Rhythäuser Tagung gegen die Friedenslandgebung des Reichstages ohne jeden Widerspruch durch die anwesenden Regierungsvertreter angegangen worden ist, läßt die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß mindestens einzelne Regierungskreise der Sache sehr, sehr nahe stehen. Allem Anschein nach dürfte das Ministerium des Innern in Preußen der Sache mehr wie eine gewisse Sympathie zugewendet haben. Die Regierung wird aber nunmehr klar und deutlich sich äußern müssen, ob sie den Treibern gegen die Friedensresolution des Reichstages ihren offiziellen Schutz und ihre Unterstützung verleiht.

Abänderung des Hilfsdienstgesetzes durch Verordnung?

Nach Mitteilungen der Berliner Presse beschäftigt sich der Bundesrat gestern auch mit der Abänderung des Hilfsdienstgesetzes, die angeblich durch eine Bundesratsverordnung erfolgen soll.

Selbstverständlich ist eine Änderung dieses Gesetzes ohne die Mitwirkung des Reichstags und ohne Zuziehung der berufenen Arbeitervertreter ein Ding der Unmöglichkeit. Ein Versuch, diese beiden Faktoren zu umgehen, müßte verhängnisvolle Folgen haben. Es ist darum auch nicht anzunehmen, daß jemand auch nur daran denkt, ihn zu unternehmen.

Das Kriegsgewinnel des Braunkohlenbergbaus.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein erläßt eine blutdürstige Kundgebung in alldeutschem Stile. Daß es ihm zur Erzielung besseren Effekts auf keine Unwahrheiten nicht ankommt, beweist unter anderem die Behauptung, Wilson habe die Absetzung der Hohenzollern gefordert. Im weiteren schimpfen die Herren von der Braunkohle mächtig auf die Reichstagsmehrheit, deren Verhalten die Feinde aufmuntere, ihre Hoffnung auf eine innere Spaltung des deutschen Volkes zu setzen. „Mit Friedensgewinnel wird Deutschland keinen ehrenvollen Frieden erreichen!“ ruft der Braunkohlen-Industrie-Verein pathetisch. Die Kundgebung schließt mit folgender charakteristischer Versicherung:

„Der deutsche Braunkohlenbergbau wird wie bisher alle Kräfte in den Dienst der Kriegswirtschaft und der Volksernährung stellen.“

Werkie was?, sagt der Berliner in solchen Fällen. — Das glauben wir den Herren Braunkohlenbergwerksbesitzern gerne, daß sie noch recht lange ihre Kräfte in den Dienst der Kriegswirtschaft stellen möchten. Bisher sind sie doch wahrlich nicht schlecht damit gefahren. Gerade in letzter Zeit hat infolge der ungeheuren Kriegsgewinne der Braunkohlenindustrie eine fast wahnsinnige Spekulation in Braunkohlenwerten eingesetzt. Man reißt sich um Anteile selbst an noch unerfahrenen Feldern. Unter diesen Umständen begreifen wir, wenn die Herren auf das „Friedensgewinnel“ schlecht zu sprechen sind. Denn das stört ihr „Kriegsgewinnel“!

„Traurige Gesellen“.

Herr Reichstagsabgeordneter Stresemann hat am Mittwoch ein alldeutsches Berliner Publikum in der Philharmonie zu einer Kundgebung gegen Wilson begeistert. Er sprach, wie es sich seine Zuhörer wünschten. Herr Stresemann gehört bekanntlich dem Siebener-Ausschuß beim Reichskanzler an, und wir wären gespannt zu erfahren, ob er auch in dessen Beratungen sich ausdrückt wie in der Philharmonie. Oder gilt da bei Herrn Stresemann der Satz: „Im Staatsrat sprech' ich anders“. — So rief Herr Stresemann nach dem Bericht des „Berliner Lokal-Anzeigers“ unter Hinweis auf die Eroberung Rigas pathetisch aus: „Traurige Gesellen, die da erwarten, daß wir das deutsche Baltische Land jemals wieder herausgeben werden!“ und erntete damit einen Jubelsturm. Wandler, der dies liest, wird denken: „Traurige Gesellen, die für immer neue Eroberungsziele den Krieg und all sein Elend für das deutsche Volk verlängern wollen“.

Besser lesen. Wegen unserer gestrigen Notiz über Friedensgerüchte beschuldigt uns die „Tägl. Rundschau“ eines vorzeitigen Friedensoptimismus. Sie hat offenbar unsere Ausführungen nur ganz oberflächlich gelesen, denn deren Sinn war es gerade, vor einem vorzeitigen Friedensoptimismus zu warnen. Bei bescheidenster Aufmerksamkeit hätte das selbst die „Tägl. Rundschau“ erkennen müssen.

Aus dem Kriegsernährungsamt. Der Direktor im Kriegs-ernährungsamt Matthias v. Oppen ist zum Präsidenten der königlichen Regierung in Allenstein ernannt worden.

Letzte Nachrichten.

Ein „Fall Kupfer“ in Breslau.

Breslau, 13. September. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete die Frau eines hiesigen Magistratsassistenten, die Geldgeschäfte gleicher Art wie Frau Kupfer in Berlin seit etwa zwanzig Jahren hier betrieb. — Man fand bei einer Durchsicht der Wohnung Abschriften von Schuldscheinen im Betrage von über eine halbe Million Mark. Die gemachten Schulden übersteigen weit eine Million. Die Frau zahlte mit den erlangten Darlehenssummen alte Schulden ab, um neues Geld darauf wiederzunehmen. — Auch der Gatte ist wegen Verdachts der Beteiligung festgenommen worden.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Die Kassenboten der Großbanken.

In einer zahlreich besuchten Versammlung der Kassenboten von der Diskontogesellschaft, welche am Dienstagabend stattfand, referierte der Reichstagsabgeordnete Alwin Köhler über das Thema „Die überlebten patriarchalischen Dienstverhältnisse und die Wahlen zum Ausschuss des vaterländischen Hilfsdienstes“. Nach den Ausführungen des Referenten haben die Kassenboten in diesem Großbankinstitut, welches in den letzten Jahren Ueberläufe von 24 bis 36 Millionen erzielt hat, noch mit Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu rechnen, die namentlich in der heutigen Zeit nicht nur als rückständig, sondern als menschenunwürdig bezeichnet werden müssen. Die Hilfsboten wurden bisher mit einem Gehalt von 125 M. pro Monat eingestellt, der erst in letzter Zeit auf 150 M. erhöht worden ist. Der Lohn der festangestellten Voten steigt nach und nach und erreicht nach 20-jähriger Dienstzeit den Höchstfuß von 200 M. pro Monat. Dazu kommen allerdings noch Gratifikationen (Lantimen), die aber das Gesamteinkommen nur unwesentlich verbessern. Die Arbeitszeit dauert von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends einschließlich Pausen von 2 Stunden. Falls die Voten über 8 Uhr abends hinaus beschäftigt werden, wird ihnen dafür keine Ueberstundenbezahlung, sondern nur ein sogenanntes Abendrotgeld gewährt. Dasselbe beträgt bis 9 1/2 Uhr 75 Pf., darüber hinaus bis 10, 11 resp. 12 Uhr abends 1,50 M. Ferner haben die Voten abwechselnd auch Sonntagsdienst zu verrichten, und zwar schichtweise von 8—1 Uhr resp. 11—8 Uhr. Für diese Sonntagsarbeit wird eine Bezahlung nicht gewährt. Dagegen haben die betreffenden, welche in für sie dringenden Fällen vom Sonntagsdienst entbunden werden wollen, einen Erlagmann zu stellen, den sie aus ihrer eigenen Tasche mit 5 M. bezahlen müssen. — Daß die Voten, die in den Banken ein großes Vertrauen genießen, mit diesen Gehältern bei der heute herrschenden außerordentlichen Teuerung nicht auskommen können, davon scheint auch die Diskontogesellschaft überzeugt zu sein, denn sie hat einen eifrigen Fonds geschaffen, der aus Abzügen von den den Voten zustehenden Lantimen gebildet ist, aus welchem diejenigen Voten nach Einreichung eines Wittgesuches unterstützt werden, welche in einer besonderen Notlage sich befinden. Allerdings auch nur nach Prüfung jedes einzelnen Falles. Die Voten erhalten ferner Dienstkleidung und Stiefelgeld in Höhe von 2,50 M. pro Monat. Da die Beschaffung von Kleidung zurzeit sehr schwierig ist, müssen dieselben vielfach ihre eigenen Sachen tragen. Das Stiefelgeld, welches in normalen Zeiten schon knapp bemessen war, reicht zurzeit, wo ein Paar Stiefelkosten 10—15 M. kosten, nicht im entferntesten aus, um die hierfür erforderlichen Aufwendungen zu decken. Dadurch werden die Voten noch besonders belastet und herrscht eine große Unzufriedenheit darüber, daß die Direktion, die diese traurigen Verhältnisse kennt, nicht selbst daran denkt, diese Entschädigungen den Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Die Stimmung der Versammlung ging dahin, daß es endlich an der Zeit ist, daß auch die Kassenboten sich aufraffen und sich einer Organisation anschließen, die auf moderner Grundlage aufgebaut und in der Lage ist, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Nachdem der Referent noch die notwendigen Vorbedingungen über die Wahlen zu einem Arbeiterausschuss auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingehend erläutert und die Versammlung die Kandidaten dafür in Vorschlag gebracht hatte, fand Schluß der imposanten Versammlung statt.

Deutsches Reich. Die Bewegung in der Kölner Metallindustrie erfolgreich beendet.

Die große Bewegung in der Kölner Metallindustrie, die bekanntlich im Juli mit Teilstreik begann, ist zu einem für die Arbeiterschaft erfreulichen Ende geführt worden. Die Verhandlungen der Unternehmervertreter mit den Bevollmächtigten der Gewerkschaften führten zur Verständigung auf dieser Grundlage: Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit um vier Stunden, so daß sie nicht mehr als 54 Stunden betragen darf. Die Zuschläge für Ueberstunden werden für die ersten drei Stunden um 3 Pf., für jede weitere um 5 Pf. für die Stunde erhöht; Zuschlag für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen 10 Pf. Als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit wird zu den festen Stundenlöhnen einschließlich aller Zulagen ein besonderer Zuschlag gewährt, der bei Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 53 Stunden 7 Proz. beträgt. Die Abfordrungen werden bei gleicher Verkürzung um 4 1/2 Proz. erhöht. Je nachdem sich die Verkürzung erhöht oder verringert, erfolgt entsprechender Ausgleich. Diese Bestimmungen sollen am 15. September 1917 in Kraft treten.

Große Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften nahmen diese Vereinbarungen, deren Schwerpunkt in der Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausgleich liegt, einstimmig an. So hat die Bewegung zu einem bemerkenswerten Erfolg der Arbeiterschaft geführt. Der Metallarbeiter-Verband hatte in Köln im Juli und August 3000 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Industrie und Handel.

Die Vergrößerung der Dresdner Bank.

Die außerordentliche Generalversammlung, in der die Anträge betreffend Fusion mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft und der Rarischen Bank sowie die damit zusammenhängende Kapitalerhöhung um 60 Millionen Mark und die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern zur Beschlussfassung stehen, findet am 5. Oktober in Dresden statt.

Es wird glänzend weiter verdient.

Die Bergbau- und Hütten-A.-G. Friedrichshütte in Herdorf erzielte in dem am 30. Juni 1917 beendigten Geschäftsjahr nach Umkosten von 900 000 M. (im Vorjahr 855 666 M.), Abschreibungen von 848 604 M. (438 194 M.), ferner nach 1 172 134 M. (1 138 810 M.) Rücklage zum Erneuerungs-Vorstand, sowie nach Berücksichtigung der Kriegsteuer mit 1 778 000 M. (1 022 000 M.), aber einschließlich des Vortrages von 2 050 140 M. (1 652 101 M.), einen Reingewinn von 3 284 846 M. (2 983 902 M.), und zwar bei 4 000 000 M. Grundkapital. Folgende Verteilung wird beantragt: 25 Proz. Dividende, gegen 20 Proz. im Vorjahr (davor 8 Proz., 5 Proz. und 15 Proz.).

Das Akt.-Ges. Wegener Walzwerk erzielte im Geschäftsjahr 1916/17 einen Betriebsüberschuss von 1 526 553 M. (1915/16: 896 478 M.). Aus dem einschließlich eines Vortrages von 121 320 M. verbleibenden Ueberschuss von 713 594 M. (423 200) sollen 15 Proz. Dividende (wie i. V.) und 100 M. besondere Vergütung für jede Aktie ausgeschüttet werden.

Die Metallwaren-, Gloden- und Fahrrad-Armaturen-Fabrik Akt.-Ges. vorm. S. Böhner in Wehlis weist für 1916/17 ein Reinergebnis von 1 300 680 M. (1915/16: 725 570 M.) aus. Nach Abzug der Umkosten usw. sowie der Abschreibungen von 101 710 M. (49 427 M.) verbleibt ein Ueber-

schuß von 528 177 M. (222 506 M.), aus dem die Dividende von 22 1/2 Proz. 225 000 M. (18 Proz. gleich 180 000 M.) sowie der Bonus von 10 Proz. 100 000 M. in Anspruch nimmt. Der Vortrag auf neue Rechnung wird von 43 101 M. auf 115 060 M. erhöht.

Ein Trid.

Durch die Handelspresse geht folgende Notiz: Die Generalversammlung der Gladbacher Textilwerke Akt.-Ges. vormalig Schneider u. Irmen, M.-Glabach, hat die mit 15 Proz. vorgeschlagene Dividende auf 12 Proz. herabgesetzt, nachdem sich ein Irrtum in der Berechnung der Kriegsgewinnsteuer herausgestellt hatte. Die Aktien, die in der letzten Zeit sehr erheblich gestiegen waren, erlitten an der Börse einen Kurssturz. Wie mitgeteilt wird, beabsichtigen hiesige Bankfirmen, gemeinsam gerichtliche Schritte zu unternehmen, um die merkwürdige Tatsache aufzuklären, daß der Bilanzirrtum der Verwaltung erst in der Generalversammlung entdeckt bzw. bekanntgegeben worden ist.

Es mühen die sittlich läuternden Kräfte des Krieges kommen, um diesen Auswuchs der Geschäftsmoral sprossen zu lassen.

Soziales.

Erhöhung der Stellenvermittlungsgebühren.

Wie hatten dieser Tage auf Grund einer offiziellen Mitteilung berichtet, daß der Berliner Polizeipräsident „nach Anhörung des öffentlichen Arbeitsnachweises“ den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern gestattet habe, die Gebühren um 20 Proz. zu erhöhen. Dazu wird uns aus beteiligten Kreisen geschrieben: Die Forderung dieser Notiz erweckt den Anschein, als ob die Vertreter der Arbeitnehmer und der öffentlichen Arbeitsnachweise der Erhöhung zugestimmt hätten. Demgegenüber ist festzustellen, daß alle betragten Vertreter der interessierten Stellen, zum Teil in ausführlich begründeten schriftlichen Gutachten, der geplanten Erhöhung entgegengetreten sind. Auch der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat dies getan. Wie wir weiter erfahren, ist der öffentliche Arbeitsnachweis der Stadt Berlin überhaupt nicht befragt worden, obwohl das Stellenvermittlungsamt dieses vorschreibt.

Angesichts dieser Tatsachen muß es Wunder nehmen, wie der Berliner Polizeipräsident es für notwendig erachtet, einer Berufs-Klasse hilflos beizuhelfen, deren Existenzberechtigung überhaupt in Zweifel zu ziehen ist. Nachdem in Berlin und in allen größeren Vorstädten städtische Arbeitsnachweise errichtet sind, die gänzlich kostenlos vermitteln, liegt kein Anlaß vor, dieses überflüssige Gewerbe durch behördliche Maßnahmen zu erhalten. Die Begründung des Stellenvermittlungsamtes und verschiedene ministerielle Erlasse lassen gar keinen Zweifel darüber, daß die Regierung selbst die gänzliche Abschaltung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung herbeizuführen wünscht.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. G. Hamburg). Filiale Baumhulnweg. Am Sonnabend wird abends von 8 1/2—10 Uhr im Lokal von Borch, Eichenstr. 101, Ede Kiehlholzstraße, kolliert.

Beamtentisch für Politik: Erich Suttner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Alfred Schatz, Rostock; für Mecklenburg: Th. Glöck, Berlin, Teud u. Verlag: Nordwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Verlag Singer & Co., Berlin SW.

Stern 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Nachtsyl.**
Sonntag 7 U.: Dantons Tod.
Sonntag 8 U. (halbe Preise):
Die deutschen Kleinstädter.
Kammerspiele.
7 Uhr: Zum ersten Male:
Madame d'Ora.
Sonntag 7 1/2: Madame d'Ora.
Sonntag 8 U. (halbe Preise):
Minna von Barnhelm.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schön. Tor.
7 1/2: **Lumpenstiel.**
Sonntag 7 1/2: Was ihr wollt.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: **Erdgeist.**
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.
Berliner Theater
7 1/2 U.: Die tolle Komteß.

8 National-Theater
Großer Erfolg!
Täglich ausverkauft!
Das ist die Liebe...
3 Akte. Ruhr u. B. Bromme.
Vorverkauf: 10—2 und ab
6 Uhr (auch Zieh).

WINTERGARTEN
Der erfolgreiche
Eröffnungs-Spielplan:
Dazu: 9 Uhr abends
Venezianische Nacht
Pantomime in 12 Bildern
von **Karl Vollmoeller**

Zirkus A. Schumann
Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.
Der **Zirkus-Varieté** Spielplan
u. a. die rotierende Leiter,
die schwed. Nachtigallen,
3 Turmkünstler 3,
Nur noch kurze Zeit
Halali Parforce-
Schnitzeljagd.
Morgen abend 7 1/2 Uhr:
Beginn der letzten
Zirkus-Saison
in Berlin.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Der Weiberfeind.

Theater für Freitag, 14. September.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die Jüdin.**
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrfeldt-Th.
Operetten-Gastspiel
7 1/2 Uhr: **Die ledige Ehefrau.**
Kleines Theater
7 Uhr: **Belinde.**
Komische Oper
1 1/2 8 U.: **Schwarzwalddädel.**
Stg. 3 1/2: Die Dosa Sr. Majestät.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels
vom Lindenhof.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Warschauer Zitadelle**

URANIA
8 Uhr:
Die Befreiung Ostgaliziens
und der Bukowina.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Zigeuner.

Casino-Theater
Lohbringer Straße 37.
Täglich 8 Uhr:
Witzlicher Humor! Gr. Erfolg!
Die Schlagerpöffe
Seiraten mußte!
Vorher der neue bunte Teil.
Sonnt. 4 Uhr: Gusto, die Perle.
Reichshallen-Theater
Stettiner-Sänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag
nachmittag
3 Uhr
Vorstellung
z. ermäßigten
Preisen!
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.
Eintritt 30 Pf.
Billetts schon heute!

Palast
Theater
Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Wilhelm Hartstein
in dem Soldatenschwank:
Der Stolz der 3. Kompagnie
Fern: Senta Sünland
Maxstadt
und das übr. Programm.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Czarladstürstin.**
Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassent. N. d. 281
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: **Vom andern Ufer.**
Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: **Der Revisor.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Egon und seine Frauen.**
Theater am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Der verliebte Herzog**
mit Guido Thielscher.

Apollo
Friedrichstraße an der Kochstr.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Fregolia, Paul Beckers
und das
große September-Programm.
Kasse ab 10 Uhr geöffnet.

Berliner Prater-Theater.
Rastanienallee 7—9.
Heute:
Aha — famos!
Gr. Ausstattung! Operettenpöffe
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.
Vorher d. gr. Varietéprogramm.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abrahadabra
Großes phantastisches
Ballett auf dem Eis.
7 1/2 U. Vorzügl. Küche.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58
Sonntag, den 16. September,
abends 7 Uhr:
Was junge Mädchen träumen!
Eröffnung der Winterpielzeit
Montag, den 17. September:
Die Himmelsleiter.

Trianon-Theater
a. Bhf. Friedrichstr. Tel. 21. 4927
Anf. 7 1/2 Der Anf. 7 1/2
reizende Adrian
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
bei ermäßigten Preisen:
Johannistauer von Sudermann.

Circus Busch
Sonnabend, 15. September 1917, 7 1/2 Uhr: **Eröffnung.**
Assad, das Phänomen,
"der Dänemacher".
Geschw. Ballot, Equilibristen am Looping the loop. | **3 Borkums,** die lustigen Scherenscheifer.
Hedi, das Rätsel am Magnet!
Jean u. Emmy Reinsch, akrobat-kontorsionist. Neuheit.
De Wync & Jerome, komischer Balance-Akt.
„Puppchen“, das Operettenpferd.
Blumenfelds | **Rosita Blumenfeld**
Freiheitsdressuren | mit ihren akrob. Hunden.
Revelly, Franz u. Pampa die urkom. Clowns m.
Harzelly, Hal u. Jeromes (nonnen Witz u. Späß.
usw. usw. Zum Schluß:
Original-Pantomime
„Die 3 Pierrots“
Lustiges Spiel, einstudiert
v. Ballettmeister R. Riegel.
Sonntag 2 große Vorstell., nachm. 3 1/2 u. abds 7 1/2 Uhr:
In beiden Vorstellungen:
Das große Eröffnungsprogramm.
Nachm. hat jed. | angehöriges | Kind | auf allen | frei
Erwachsene | rizes | Sitzplätz.
weitere Kinder halbe Preise.
Vorverkauf tägl. ab 10 Uhr, f. Sonnabend
und Sonntag immer bereits ab Donner-
stag, außerdem an sämtl. Theaterkassen
von Wertheim und Invalidendank.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute Eröffnung
mit einem
Großen Konzert
des **Berliner Lehrer-Gesangvereins,**
Leiter: **Hanns Meißner,** 2. Chormeister,
unter Mitwirk. des **Berl. Konzerthaus-Orchesters,**
Leiter: **Komponist Franz von Blon.**
Anfang 7 Uhr. Karten im Vorverk. 75 Pf., an d. Abendk. 1 M.
Alle Vergünstigungen aufgehoben.

Lichtspiele Neue Philharmonie
Köpenicker Straße 96—97.
Spielplan vom 14.—17. September:
Die Kameliendame
mit der preisgekrönten Schönheit **Klara Kimbal Yong**
Stolzenfels am Rhein, Gesangsfilm.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsbüro Berlin, N 51, Linienstraße 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Kurt Roden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 16. September 1917, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten
Arbeiter u. Arbeiterinnen sowie Fabrik-Monteur
und Helfer
im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.**
Tagesordnung:
1. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nach
dem Kriege.“ Referent: **Ernst Heilmann.** 2. Branchenangelegen-
heiten. 3. Beschließenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Sonntag, den 16. September 1917, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
aller in Zink-, Zinn- und Bleigießereien beschäftigten
Kollegen und Kolleginnen
im Lokal von **Müller, Alexandrinenstr. 32.**
Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Abrechnung
unserer Feldgrauen-Sammlung. 3. Beschließenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
181/20 Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 16. September 1917:
Im großen Saal:
Turnverein „Fichte“
(Jugendabteilung).
Im Mahagonisaal: **Erweiterter Restaurationsbetrieb.**
Humoristische Kapellen
in allen Sälen.

Große Partie Gänsebraten a Port. 4,00 M.
mit Zubehör.
Sonntag mittag:
Hühnersuppe 0,80 | Gänsebraten 4,00
Schüssel mit Senfsauce, 2,00 | Rinderastbraten 3,00
Spinaut 2,00 | Kompott oder Salat.

Heute und morgen:
Hühnerbrühe a Liter 60 Pf.
und darin gekochte Hühner 1/2 5,00 M.
Ein Heiner Posten Gänsefleisch a Pfd. 3,00 M.
Regen-Mäntel
Röcke-Kostüme,
aus geblegenen Stoffen.
Winter-Mäntel in allen
Stoffarten, auch Ultracra,
Strümpfer, Samt u. Wäsche
vorzüglicher Schnitt.
Max Laboschin, Seyditzstr. 2
1. Freppe.
Gänse p. Pfd. 4,25 u. 3,75
fette Maichhühner |
Maichenten | p. Pfd. 4,75
Entenklein, Gollgüsterkanf.
Max Westheimer,
Neue Jakobstr. 12.
Hotel, Prof. A., Die sexuelle
Prope. Volksausgabe 2,50 M.
Buchhandlung Vorwärts, Lin-
denstraße-3.

Stadtverordnetenversammlung.

Vorsitzer Michalek eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen Stadtv. Pr. (Linke), dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wird.

Der Beschluß der Staatsregierung betr. das

Angebot auf die Englische Gasgesellschaft

ist den Stadtverordneten vom Magistrat im Wortlaut mitgeteilt worden.

Es liegt dazu der von uns gestern bereits abgedruckte schließliche Antrag sämtlicher Fraktionen vor, der sofort an erster Stelle zur Beratung gestellt wird.

Stadtv. Cassel (Linke): Der von der gesamten Versammlung einstimmig eingebrachte Antrag ist der Ausdruck einer Pflicht, die wir angesichts des erregten Beschlusses der Öffentlichkeit gegenüber zu erfüllen haben. Die beiden Verbände, die ein Angebot gemacht, haben jeder 58 Millionen Mark geboten, die Regierung aber verlangt 85 Millionen, und mit den Nebenkosten stellt sich die Regierungsforderung auf rund 100 Millionen. Auch wir wollen dieses feindselige Unternehmen nicht etwa verschleiern; davon kann aber auch bei 58 Millionen keine Rede sein. Andererseits kann man doch nicht Berlin unterhalbnormalmäßige Lasten und Opfer zumuten, um für später, beim Friedensschlusse, wertvolle Kompensationsobjekte in der Hand zu haben. Durch solchen Lieberpreis wird unzulässig die Möglichkeit, die unerwünscht erhöhten Gaspreise wieder zu ermäßigen, ebenfalls weit hinausgeschoben, wenn nicht gänzlich verhindert werden. Das neue Angebot isoliert Berlin, zerreißt den Verband, der bisher mit Berlin zusammenging; man will Berlin hindern, mit diesen freisetzten Städten gemeinsam zu operieren und will den Kreisen Teltow und Niederbarnim den Vorrang verschaffen. Dabei sind diese großen Gemeinden zu sieben Achtern an dem Konsum des englischen Gases beteiligt; wie kann man da den Kreisen derart das Liebergebot geben wollen, selbst freisetzten Städten gegenüber? Das Berlin auf Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz oder Lichterfelde einen Druck ausüben hätte, kann niemand behaupten. Wir hören jetzt auch von Regierungsplänen, den Zweiverband zu ändern. Dazu würde zu allererst gehören, daß seine Spitze so reformiert wird, daß sie sich nicht zu einem Spreckpräfekten auswachsen kann. Wenn wir aber erleben müssen, was bei diesem Gasangebot spielt, so kann man vor dieser Art „Reorientierung“ bange werden. Wir haben es satt, in dieser Weise weiter unter Vormundschaft gestellt zu werden. Doch man sogar eine Teilung des Wertes in Regierungspreisen verweigert, ist ein weiteres äußerst bedenkliches Moment. Unser Antrag protestiert gegen das Vorgehen der Regierung und fordert den Magistrat zu Gegenmaßnahmen auf. Im Ministerium des Innern sind Kräfte am Werk, die die ganze Umgebung Berlins gegen Berlin koalieren möchten; leicht wird daher die Arbeit des Magistrats nicht sein. Erlangen wir hier nicht, was recht und billig ist, so werden wir weiter für unsere Selbstverwaltung mit aller Kraft und Einsicht (Lebhafte Beifall).

Oberbürgermeister Vermuth: Die mit Berlin an dem Angebot beteiligten Gemeinden und Berlin haben an den Reichsanwalt und an die beiden Minister den Antrag gerichtet, das neue beschränkte Ausschreiben zurückzuziehen und jene Gruppe bei dem Angebot nicht auszuscheiden. Die bisherigen Bemühungen zur Erledigung der Angelegenheit konnten gar nicht unangenehm ausfallen, als es geschehen ist. Jetzt werden wir nur der Form wegen zum Widerstand zugelassen, tatsächlich ist es uns unmöglich gemacht, denn wir hätten zwar das Risiko von 95—100 Millionen, ein Recht aber nur auf 22,9 Proz. Die Regierung stabilisiert die Herrschaft der Kreise in Groß-Berlin. Die Kreise werden maßlos bevorzugt; sie dürfen zwar einzeln erwerben, sie können aber auch zusammenbleiben, wenn es ihnen besser paßt, sich Schöneberg und Wilmersdorf untertan zu machen. Die großstädtischen Landgemeinden bleiben völlig rechtlos. Die Erwerbsbedingungen bringen derart zum Ausdruck, daß das Streben nach einer wirklichen großstädtischen Selbstverwaltung erster Beachtung eigentlich überhaupt nicht wert sei. Seit 1914 betätigt sich eine einflussreiche Gegnerschaft gegen Berlin; sie hat auch während des Krieges nicht aufgehört, im Gegenteil. Einen großen Erfolg konnte sie vor 1 1/2 Jahren in der Elektrizitätswirtschaft buchen. (Sehr richtig!) Wie sehr der Zweiverband dabei mitarbeitete, sieht vor Ihrer aller Augen. Und von den Zentralbehörden haben wir eine Unterstützung nicht erfahren. Ruß denn die Berliner Bevölkerung immer weiter in Aufregung erhalten werden, ist das staatsflüchtig? Die unerwartete Haltung der Regierung hat der Hoffnung auf eine freiheitliche Gestaltung der Verwaltung der Stadt Berlin die Flügel geknickt; nicht ohne weiteren schweren Kampf werden sich unsere Ziele verwirklichen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Kommsen (Fr. Fr.): Der Verkauf des feindseligen Gutes der Englischen Gasanstalt ist Reichsfrage; wie kommt die Preussische Regierung dazu, sie mit kommunalpolitischen Interessen zu verquiden? Das ist einfach unerhört. Und wie wird mit dem Vermögen der Stadt Berlin und der Kreise umgegangen? Man sollte es wirklich nicht für möglich halten. Ob der Antrag Erfolg hat, muß abgewartet werden. Zu einem in solche Schraubhöhe geprehten Angebot wird Berlin wenig Lust haben. Wie kommen nun die Landkreise dazu, von der Regierung mit einer solchen Aufgabe, wie dem Erwerb und Betrieb dieses Gaswerkes beauftragt zu werden? Künstlich werden hier Schranken gezogen, um die so notwendige Vereinigung der wirklich interessierten Gemeinden zu hintertreiben.

Stadtv. Ritter (Soz.): Es steht in Deutschland beispiellos da, eine Stadt wie Berlin derart behandelt zu sehen. Das Bescheid-schreiben läßt die Deutung zu, daß auch der Reichsanwalt einverstanden ist mit der Stellungnahme der Regierung. Hätte er auch zugestimmt, wenn es sich um München oder Stuttgart handelte? Die Regierung verlangt jetzt 27 Millionen mehr; sie hätte ebenso gut verfügen können, daß das Unternehmen mit 85 Millionen zu bezahlen ist, und daß man austobeln möge, wer das bezahlen soll. Die 27 Millionen sollen den „Geschäftswerk“ darstellen; das ist derselbe Wucher, den wir im Inlande aufs heftigste bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung, auch auf der von Zuhörerinnen überfüllten Tribüne.) Die Steuerzahler sollen hier eine Art Kriegsschädigung an die englischen Aktionäre zahlen. Der Lieberpreis und die event. spätere Veräußerung des Werks müßten auch die Interessen der Groß-Berliner Arbeiterschaft aufs schwerste benachteiligen; die Gesellschaft war ohnehin sozial nicht besonders auf der Höhe, sie mußte in diesem Frühjahr erst auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zur Erfüllung ihrer elementarsten Pflichten angehalten werden. Aus den Erwerbsbedingungen geht ganz unzweifelhaft die Tendenz hervor, Berlin mit den anderen Kommunen zu entzweien. Auch Wilmersdorf wird sich überlegen, ehe es sein Erbschaftsrecht an den Kreis Teltow veräußert. Durchgehends sind es politische Gründe, die die Haltung der Regierung bestimmen. Unsere Reden dagegen werden recht wenig nützen; die Regierung läßt die Stadtverordneten reden und ignoriert sie, sie beschränkt sich darauf, die Magistrate in Schach und am Zügel zu halten, wie die neuesten Erfahrungen von Neukölln beweisen. (Siehe unsere gestrigen Mitteilungen.) Welchen Eindruck muß solches Verhalten im In- und Auslande machen? Ist da nicht manches faul im Staate, und kann man da wirklich dem Präsidenten Wilson so entrüstet unrecht geben, wenn er unsere demokratischen Einrichtungen nicht ganz über alles Lob erheben findet? (Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Der dringliche Antrag gelangt darauf zur einstimmigen Annahme.

In gemeinschaftlicher Sitzung beider städtischen Behörden wird Stadtv. Hömssen (Fr. Fr.) für den verstorbenen Stadtv. Solmigg in die Zweiverbandsversammlung gewählt.

Die Erhöhung des Gaspreises

Von 16 auf 20 Pf. ist vom Magistrat mit der Maßgabe vorgeschlagen worden, daß die Automatkunden und die Abnehmer mit unter 365 Kubikmeter Jahresverbrauch nur 18 Pf. zahlen sollen. Die Erhöhung soll im Laufe des September von dem Tage der Aufnahme der Gasmesserhände ab in Kraft treten; alle Rabatte sollen mit dem gleichen Termin in Wegfall kommen.

Stadtv. Gronewaldt (Linke): Das Gas für Heizung und Beleuchtung muß möglichst billig geliefert werden. Den Gründen des Magistrats muß aber sorgfältige Prüfung widerfahren. Wir beantragen daher Ausschußberatung.

Nicht der Besitz von Gold und Juwelen, sondern das Bewußtsein mit seinem Schmuck dem Vaterlande geholfen zu haben, vermag zu ehren und zu befriedigen.

Stadtv. Dr. Weyl (Soz.): Alle Kleinen Leute in der Bevölkerung, die unbemittelten und die minderbemittelten, desgleichen die Beamten sind von dieser Vorlage sehr unangenehm und peinlich betroffen worden. Wir haben es hier mit einer Art indirekter kommunaler Besteuerung eines notwendigen Bedarfsmittels zu tun. Die Vorlage kommt gleichzeitig mit der Verordnung betr. die Einschränkung des Gasverbrauchs. Die erste famose Verordnung jenes Konstruktions, ist ja zu seinen Vätern versammelt; aber der Direktor Lenze hätte sie unter seinen Umständen mit seinem Namen decken dürfen, von ihm hatten wir etwas anderes erwartet. Auch die neue Verordnung ist hart und unsozial und verdient die schärfste Kritik. Der Magistrat will 10 Proz. Einschränkung und hält das für ausgleichende Gerechtigkeit. Das ist nicht der Fall, man hätte sparen müssen, der kleine Verbraucher sollte weniger, der große mehr Einschränkung erfahren. Der Preis soll aber auch als Strafe wirken, er soll abschrecken. Der kleine Verbraucher hat sich doch schon von jeher die größte Einschränkung im Gasverbrauch auferlegt. Warum hat übrigens Berlin von der Möglichkeit des Steuernachlasses, wie sie im Reichstage durchgesetzt wurde, keinen Gebrauch gemacht? Was Kaminheim und zahlreichen anderen Kommunen möglich war, muß auch Berlin möglich sein; 2 Millionen hätten den Abnehmern auf diesem Wege erspart werden können. Warum wird übrigens unter den heutigen Ausnahmeständen nicht, zum Teil wenigstens, der Allgemeinheit aufgebürdet, was jetzt wieder die Gasinstrumenten tragen sollen? Wir verlangen eine soziale Ausgestaltung der Tarife. Schon heute erklären wir, daß wir für eine Deckung der Kriegskosten durch Wehrbelastung der Minderbemittelten nicht zu haben sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von dem Steigen auch der Einnahmen ist in der Begründung nirgends die Rede. Die Nebenprodukte der Gaszeugung soll die Stadt dem Militärskizus, wie man hört, zu äußerst billigen Preisen vertraglich überlassen haben. Wie steht es damit? Bräute die Regierung gegen das allmächtige Kohlenhändlertum mehr Mut auf, so stünde es in der Kohlen- und Gasfrage anders und besser. Wie soll es denn im Winter bei der Einschränkung der Ernährung, bei der mangelhaften Bekleidung und Beschäftigung werden, wenn auch noch die Heizung und das Kochen weiter beschnitten werden? Schützen Sie die Kleinen Leute vor diesen Drangsalen, schützen Sie sie vor Seuchen! Auch die Grundbesitzervereine sollen uns als Bundesgenossen willkommen sein. (Lebhafte Beifall und Applaus auf der Tribüne; der Vorsitzende rügt diese Beifallsbezeugungen und verweist auf die Geschäftsordnungsbestimmungen.) Unserer Fraktion genügt die Konzeption keineswegs, die die Vorlage macht; kein kleiner Verbraucher kommt heute mit 365 Kubikmeter aus. Auch die Kaminstunden müssen anders und besser behandelt werden als die Vorlage will. Sobald der Krieg vorbei ist, werden wir statt Kohlenknappheit wieder Kohlenreichtum haben. Das Durchhalten kann doch einmal ein Ende haben; der Gebuldsfaber erzählt eine fälschliche Belastungsprobe. Das sollen doch alle, die es angeht, recht genau erwägen, ob es wohl getan ist immer neuen Stoff zur Erregung und Verbitterung, so auch durch diese Vorlage zu liefern. Unterlassen Sie uns in dem Vermögen, solche Zumutungen zurückzuweisen, helfen Sie, daß die Berliner arbeitende Bevölkerung, die hungern muß und bald frieren wird, endlich von diesem Alb erlöst wird und wieder zur friedlichen Kulturarbeit zurückkehren kann! (Lebhafte Beifall und Handklatschen auf der Tribüne; der Vorsitzende droht mit Räumung der Tribüne.)

Stadtrat Kast verteidigt die Vorlage.

Kammerer Böß: Der Finanzbedarf Berlins steigt stetig, zumal in den städtischen Verwaltungszweigen, die den minderbemittelten Schichten zugute kommen. Aus den Ueberschüssen der Gaswerke werden keine Kriegskosten gedeckt werden, denn es sind keine da und werden bis 1918 keine da sein. Die Inkosten der Gaswerke müssen gedeckt werden. Für das Gas sind neue Reichsteuern eingeführt, die ebensoviele vorübergehender Natur sein werden wie die erfolgten Lohnerhöhungen. Dazu kommen die starken Erhöhungen der Materialpreise, die zum Teil von den hohen Vergewaltigerlöhnen herrühren. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Steuerzahler sind doch bei 100 Proz. bisher wahrhaftig nicht geschont worden.

Stadtrat Wohnung nimmt die neuere Verordnung betr. die Einschränkung des Gasverbrauchs in Schutz und bindigt ihr sozialen Geist. (Zurufe von der Tribüne; der Vorsitzende droht abermals mit Räumung.)

Stadtv. Höhr (Fr. Fr.) erklärt sich für Ausschußberatung.

Stadtv. Dr. Weyl tritt den Magistratsmitgliedern, die gegen ihn polemisiert haben, mit großer Schärfe entgegen. So lange in Preußen noch das Dreiklassenwahlrecht dominierte, müsse ein Berliner Kammerer Reden wie die heutige halten. Die Familienunterstützung für die Arbeiter hätte mit ihren 2 Millionen auf keinen Fall in das Defizit der Gaswerke eingerechnet werden dürfen. Nicht die Bergarbeiterlöhne, sondern die hohen Dividenden der Kohlengelegen trügen die Verantwortung für die hohen Kohlenpreise. Die Ausführungen vom Magistratsfische bewiesen nur, daß die Herren vielfach von den Verhältnissen in Arbeiterkreisen keine Ahnung haben. (Der Vorsitzende mahnt zur größtmöglichen Vorsicht im Ausdruck.)

Nach mehrfacher heftiger Auseinandersetzung zwischen dem Stadtv. Dr. Weyl und dem Stadtrat Kast wird die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen, der sofort vom Vorstande ernannt wird.

Der Gründung des Räumerei-Unterstützungsfonds von 40 000 Mark für das laufende Rechnungsjahr stimmt die Versammlung zu; Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.) tritt dabei für Besserstellung der Pensionäre ein.

Zur Anschaffung und Verfertigung von Weihnachtsliebesgaben an die im Felde stehenden, in Berlin garnisonierenden Truppenteile sollen für den bevorstehenden vierten Kriegswinter 225 000 (im Vorjahr 200 000) M. verausgabt werden; die Ausführung des Beschlusses wird wie im Vorjahre eine Anschaffungskommission bewerkstelligt, die aus 3 Magistratsmitgliedern und 7 Stadtverordneten zusammengesetzt ist.

Die Versammlung stimmt zu.

Die Vorlage wegen Uebernahme der Fürsorge für die Auslandsflüchtlinge durch den Landarmenverband Berlin wird angenommen, ein Antrag des Stadtv. Dr. Rosenfeld auf Ausschußberatung abgelehnt.

Schluß 10 Uhr.

Groß-Berlin

Gasdebatten im Berliner Rathaus.

Im Sitzungssaal der Berliner Stadtverordnetenversammlung ging es gestern heiß her — und was da unten gesprochen wurde, fand ein lebhaftes Echo oben auf der Zuhörertribüne. Lange vor Beginn der Sitzung war der Zugang zur Tribüne gesperrt, weil sie besetzt war wie ein Straßenbahnwagen in der Kriegszeit. Es „konnte kein Apfel zur Erde“, aber im Hausflur drängten sich noch Hunderte, die auf Einlaß hofften. Fast nur Frauen waren es, die sich eingefunden hatten, um die für sie begreiflicherweise besonders wichtigen Verhandlungen über die Gasfragen mitanzuhören. Sie gaben einen fräftigen Resonanzboden für die Verhandlungen ab und begleiteten die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner mit so stürmischer Zustimmung und in der Debatte über die Gaspreiserhöhung die Ausführungen der Magistratsvertreter mit so entrüsteten Mißfallensäußerungen, daß der Vorsitzende Michalek immer wieder mit der Glocke dazwischenfuhr und schließlich Räumung der Tribüne androhte.

Zu dem von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachten Antrag wegen des Streites um den Ankauf der englischen Gaswerke ergriff von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Ritter das Wort, um scharf und treffend das Verhalten der Regierung zu kennzeichnen. Wie die Regierung gegenüber den Gemeindeverwaltungen aufzutreten zu dürfen glaubt, zeigte er an dem Beispiel Neuköllns, über das gestern im „Vorwärts“ berichtet wurde. In der Beurteilung des Vorgehens der Regierung gegen die zum Ankauf der Gaswerke zusammengetretenen Gemeindeverwaltungen waren alle Redner einig. Oberbürgermeister Vermuth wies in einer eindrucksvollen Rede auf die einflussreiche zilsichere Gegnerschaft hin, die seit Anfang 1914 gegen Berlin sich betätigt und in ihrer Ministerarbeit sich nur wenig durch den Krieg habe aufhalten lassen. Er betonte die Notwendigkeit festen Zusammenhaltens mit den Vororten, des Widerstandes gegen die Veruche der Regierung, die Bemühungen um Herbeiführung einer freien Verfassung Groß-Berlins zu stören. Doch Berlin in der Frage des Ankaufs der Gaswerke nicht nach der Regierungsspeife tanzen wird, erklärte der Oberbürgermeister ebenso deutlich, wie die Freisinnredner Stadtverordneter Cassel und Stadtverordneter Rommjen.

Während der Magistrat in diesem Streit alle Fraktionen auf seiner Seite sieht, stieß er mit seinem Antrag auf Erhöhung des Gaspreises gestern auf den entschiedenen Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Dr. Weyl beleuchtete die Wirfungen, die die Gasverteuerung für die Minderbemittelten haben müßte, und zeigte in diesem Zusammenhang auch, wie der Zwang zur Gasverbrauchseinschränkung auf sie wirkt. Der Vorwurf, daß der Magistrat die als Kriegskosten anzusehenden Verluste des Gaswerksbetriebes durch Ausnutzung der Minderbemittelten decken wolle, rief nach Stadtrat Kast auch den Kammerer Böß auf den Plan. Seine Ausführungen waren so frei von Arbeiterfreundlichkeit, daß sie auf der Tribüne stärksten Unwillen verursachten. Stadtrat Böhnig hatte einen ähnlichen Erfolg. Die Magistratsvorlage wurde schließlich auf Antrag der Freisinnigen einem Ausschuss überwiesen.

Für Groß-Berlin.

Daß eine Aenderung der kommunalen Verhältnisse von Groß-Berlin nötig ist, leuchtet allmählich auch der preussischen Regierung ein. Sie will aber, wie verlautet, nicht ein einheitliches Groß-Berlin schaffen, sondern den Zweiverband „ausbauen“. Die Ansichten und Wünsche der kommunalpolitiker aus den beteiligten Gemeinden kamen zum Ausdruck in einer bedeutungsvollen Versammlung, die Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg einberufen hatte. Zahlreiche Vertreter Berlins und der Vororte waren der Einladung gefolgt, darunter von unseren Genossen die Stadtverordneten Brückner-Berlin, Ritter-Berlin, Hirsch-Charlottenburg, Ritter-Schöneberg, Stadtrat Mollenhuth-Schöneberg u. a.

Oberbürgermeister Dominicus begründete die Veranlassung dieser Zusammenkunft mit dem Hinweis darauf, daß es unbedingt notwendig sei, endlich Maßnahmen gegen die Zersplitterung von Groß-Berlin zu treffen, deren schädliche Folgen sich während des Krieges ganz besonders deutlich gezeigt haben. Auch jetzt wieder seien neue gesetzgeberische Maßnahmen, z. B. eine Reform des Zweiverbandsgesetzes, geplant, zu denen die Bürgerschaft Groß-Berlins zeitigen Stellung nehmen müsse. Er empfahl Gründung eines Bürgerausschusses und Einsetzung eines Arbeitsausschusses. Seine Ausführungen wurden in der Diskussion von den verschiedenen Rednern bekräftigt. So wies Oberverwaltungsgerichtsrat Lindenau auf die polizeilichen Zustände in Groß-Berlin hin, die geradezu unhalbar seien. Genosse Hirsch schilderte die Behandlung, die den Groß-Berliner Gemeinden von den gesetzgebenden Körperschaften zuteil wird. Er wies aber auch darauf hin, daß es notwendig sei, die Verwaltungen der Groß-Berliner Gemeinden, in denen sich teilweise auch eine gewisse Eigenbrötcherei zeige, an die Notwendigkeit gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen zu erinnern.

Wan einige sich schließlich auf den Vorschlag Dominicus und gründete den Bürgerausschuss. Dem eingesetzten Arbeitsausschuss gehören von Sozialdemokraten an die Stadtverordneten Brückner-Berlin, Heilmann-Berlin, Hirsch-Charlottenburg, Direktor Alb. Kohn-Berlin (Alte Ortskrankenkasse). Der Ausschuss konstituierte sich sofort und wählte Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg zum Vorsitzenden und Stadtrat Licht-Schöneberg zum Schriftführer.

Reform des Gemeindevahlrechts

fordert die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Berlins in folgendem von ihr eingebrachten Antrag: „Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an den preussischen Landtag

nament der Stadtgemeinde eine Petition zu richten, in der die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts nach dem System der Verhältniswahl für alle über 20 Jahre alten Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts und unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.

Der Antrag, der einen kräftigen Vorstoß zur Beilegung des geltenden Gemeindevahlrechts bedeutet, wird für die nächste Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Bewirtschaftung der diesjährigen Gemüseernte.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich zu Maßregeln entschlossen, die eine Möglichkeit schaffen, die Hauptgemüsearten zwingungsweise zu erfassen. Es handelt sich um Anordnungen von fast gleicher Art, wie sie für den Verkehr mit Obst bereits seit langem gelten.

Die Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen daneben auch Provinzial- und Bezirksstellen) sollen befugt sein, für ihre Gebiete oder für Teile davon mit Zustimmung der Reichsstelle zu verordnen, daß Weißkohl, Rotkohl, Birjingskohl, Mören, Kohlraben, Runkelrüben, Zwiebeln oder einzelne dieser Gemüsearten nur mit Genehmigung abgesetzt werden dürfen. Wie beim Obst ist auch beim Gemüse von Verkaufsabnahme abgesehen worden, und dem Erzeuger wird alles Gemüse belassen, das er im eigenen Haushalt oder Betrieb verbrauchen oder verarbeiten will. Soll aber Gemüse abgesetzt werden, sei es vom Erzeuger, sei es von sonst jemand, so unterliegt es dem behördlichen Zugriff. Ob im Einzelfall die Genehmigung zum Abzug zu erteilen oder zu verweigern ist, soll nach dem Bedarf der Bevölkerung an Frischwaren und nach den Anforderungen der Nahrungsmittelindustrie entschieden werden. Die Verteilung des erfassten Gemüses auf den Frischverbrauch und die verarbeitenden Betriebe erfolgt durch die Reichsstelle, die bestimmt, welche Mengen für den Frischverbrauch zurückbehalten werden dürfen und wozu der Ueberfluß zu liefern ist. Auch beim Gemüse werden, wie beim Obst, nur die Hauptarten erfasst; alles übrige bleibt von der Regelung ausgeschlossen. Ein wichtiger Unterschied ist aber der, daß es beim Gemüse nicht, wie beim Obst, zu einer in ganz Deutschland einheitlichen Erfassung kommen wird. Jede der obengenannten Gemüsearten soll nur in ihren Haupterzeugungsgebieten der Zwangsregelung unterworfen werden. Auch für Gemüse wird die Abgabegenehmigung bei Beförderung mit Eisenbahn, Bahn, Wagen, Karren oder Tieren schriftlich durch Beförderungsschein erteilt. Von der Abgabebefreiung sind ausgenommen der Abzug durch Erzeuger an Verbraucher bei nicht mehr als 5 Kilogramm, der Abzug durch Kleinbändler und der Verkehr öffentlicher Märkte.

Die Gründe des Entschlusses, zu einer Zwangsbewirtschaftung auch des Gemüses überzugehen, sind hauptsächlich zwei. Die Erfüllung der Lieferungsverträge soll gegenüber den Leistungen des mehrheitlich schleichhandelsmäßig gesichert werden, als die Strafanforderung für Nichterfüllung es gewährleistet. Auch soll es dem Frischmarkt und vor allem der Nahrungsmittelindustrie, im besonderen der für die Winterversorgung wichtigen Sauceraufbereitung, erleichtert werden, sich einzudecken. Die Verordnung der Reichsstelle ist Donnerstagabend durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden und tritt am 15. September in Kraft. Von diesem Tage an haben die Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen das Recht, in ihrem Gebiet die Zwangsregelung einzuführen. Die Reichsstelle denkt sich das aber nicht als Regel, sondern immer nur als Ausnahme.

Bewahrt sich die Regelung der Obstversorgung?

Die Zwangsmassnahmen über den Verkehr mit Obst, die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst am 20. August angeordnet wurden, sind nun drei Wochen in Kraft. Oberregierungsrat v. Tilly, der Leiter der Reichsstelle, glaubt jetzt mit Befriedigung feststellen zu dürfen, daß sein Vorhaben rasch und gründlich gewirkt hat. Näheres hierüber erfahren wir von ihm in einer Konferenz der Pressevertreter, die er gestern zusammenberufen hatte. Die Marmeladenindustrie habe in der Zwischenzeit die Möglichkeit gehabt, sich reichlich mit Obst zu versorgen. Aus nur 360 000 Zentner Obst, die ihr vorher zur Verfügung standen, sind in den paar Wochen rund 2 000 000 Zentner geworden. Dieser Erfolg habe, sagte Herr v. Tilly, nicht nur alle Erwartungen der Reichsstelle, sondern auch die der Marmeladenfabrikanten weit übertraffen. Es wird versprochen, daß vielleicht schon vom 15. Oktober ab, mindestens aber vom 1. November ab ein guter Vorkaufstrich geliefert werden könne, der einwöchentlich nur aus Obst ohne streckenden Zusatz bestehen soll. Auch der Frischmarkt sei, führte Herr v. Tilly weiter aus, jetzt in den Städten viel besser und fast überall ausreichend beschickt. Er erklärt das daraus, daß jetzt die Eindämmung des schleichhandels, der bisher dem Markt viel frische Ware entzogen hatte, ziemlich gelungen sei. Für die nächste Zeit befürchtete er allerdings wieder einen Rückgang in der Marktbeschickung, weil die Obstzüchter ihre Früchte aus Furcht vor den überhandnehmenden Diebstählen halbwegs gepflückt und in Masse auf den Markt gebracht haben. Dem soll möglichst dadurch entgegen gewirkt werden, daß vom 15. September ab für das auf den Bäumen belassene Obst von 14 zu 14 Tagen ein Aufbewahrungsaufschlag gegeben wird.

Die Verzögerung in der Fleischbelieferung.

Zu der gestrigen Meldung des Magistrats von Berlin, daß in dieser Woche voraussichtlich die Fleischration in Berlin nicht voll ausgegeben werden kann, wird vom Landesfleischamt mitgeteilt: Bis heute mittag waren 700 000 Pfund Fleisch in Berlin eingetroffen. Die übrige noch notwendige Fleischmenge wird nach den vorliegenden Nachrichten bestimmt bis Sonnabend eingetroffen sein.

Eine Korrespondenz berichtet noch dazu: Mittwoch sind hier auf dem Zentralviehhof ausnahmsweise große Sendungen von Vieh angekommen. Der Auftrieb war so groß, daß die Räume kaum ausreichten und eine Menge sofort abgeschlachtet werden mußte. Es steht nunmehr zu hoffen, daß in dieser und der nächsten Woche reichlich und gutes Fleisch überall in Groß-Berlin zur Verteilung gelangt.

Neuanmeldungen für den Umtausch von Fleischkarten.

Wie der Berliner Magistrat bekannt gibt, müssen sich alle Berliner Einwohner, die vom 1. Oktober ab ihre Fleischkarten gegen Bezugsscheine auf andere Lebensmittel (Grapen, Pasterisate, Teigwaren oder dgl.) umtauschen wollen, und zwar auch diejenigen, die bisher bereits zum Umtausch zugelassen waren, bis zum 19. September bei ihrer Protokommision neu anmelden. Zum 1. Oktober umziehende Personen müssen sich zur Vermeidung einer späteren Ummeldung bei derjenigen Kommission anmelden, die für ihre neue Wohnung zuständig ist. Wer die Anmeldefrist veräumt, ist bis auf weiteres vom Umtausch ausgeschlossen.

Tödlicher Unfall durch ein Militärauto. Schon wieder hat das schnelle Fahren eines Militärkraftwagens einen Unfall herbeigeführt, der ernster abgelaufen ist, als der vor einigen Tagen gemeldete. Am Mittwochmorgen wurde in der Frankfurter Allee der Telegraphenhilfsarbeiter Richard Degen aus Ahrensfelde, als er in Ausübung seines Berufes den Fahrbanan überkreuzen mußte, von einem in schnellem Tempo daherkommenden Militärauto erfaßt und so schwer verletzt, daß er kurze Zeit nach seiner Einlieferung in das Lichtenberger Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Da sich die Verwundeten des Publikums über das schnelle Fahren der Militärwagen äufsen, so erscheint es wünschenswert, daß die Militärbehörden diesen Uebelstand schleunigst beseitigen.

Die Ausstellung heimischer Pilze im Märkischen Museum hat ein derartig lebhaftes Interesse hervorgerufen, daß sich die Direktion veranlaßt gesehen hat, die Besuchszeit zu verlängern. Die Ausstellung wird von heute ab täglich (auch Sonnabends) von 10 bis 5 Uhr geöffnet sein.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute im Stadttheater in Koabit, Alt-Koabit 47/48, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Charlottenburg. Die Ausgabestellen für Bezugsscheine werden von Montag ab in den Stunden von 10—4 Uhr geöffnet sein.

Reufkahn. Fleischverkauf. Die noch andauernden ungenügenden Viehanlieferungen durch die Viehhändlerverbände haben wiederum den Magistrat zu einer Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Fleischartenabschnitte für diejenigen Bezugsberechtigten veranlaßt, die in der laufenden Woche kein Fleisch erhalten können. Diese Fleischarteninhaber sind danach auch noch in der nächsten Woche zur Fleischentnahme berechtigt.

Wilmerdorf. Stadtverordnetenversammlung. In der Versammlung am Mittwoch gab Bürgermeister Dr. Peters namens des Magistrats die Erklärung ab, daß der Magistrat es lebhaft bedauere, daß die Regierung das Angebot der Städte auf die Engländerische Gasanstalt abgelehnt habe. Wegen des überaus hohen Preises müsse energisch gegen das neue Angebot von 85 Millionen Einspruch erhoben werden. Redner vertrat dann zum Schluß den von den Städten an den Reichsfiskus gerichteten Antrag auf anderweitige Ausschreibung. Von zwei Vertretern der freien Fraktion wurde gegen den Anschluß Wilmerdorfs an Berlin Sturm gelaufen. Es wurde behauptet, daß Wilmerdorf bei seinem hohen Gasverbrauch in der Provinz der größte Verbraucher werden würde und infolgedessen einen viel stärkeren Einfluß ausüben könnte als in Berlin. Auch seien von Berlin aus nicht genügend Rechtsgarantien für die Mitwirkung gegeben. Vom Bürgermeister wurden diese Ausführungen zurückgewiesen, andere Stadtverordnete stellten sich auf die Seite Berlins. Von einer Beschlusfassung wurde Abstand genommen und die weiteren Schritte dem Magistrat überlassen.

Friedrichsfelde. Erledigung der Kohlenreklamationen. Etwaige Einwendungen gegen die jetzt zur Ausgabe gelangten Kohlenarten werden mündlich oder schriftlich im Einwohner-Meldeamt, Dönhofsstr. 31, entgegen genommen. Um langes Warten der Beteiligten zu vermeiden, ist folgende Abfertigungszeit festgesetzt worden: Für Friedrichsfelder Einwohner heute von 8—2 Uhr und 5—8 Uhr für die Buchstaben A—K; morgen in denselben Bureaustunden für die Buchstaben L—Z; für Karlshorster Einwohner Montag, den 17. September, von 8—2 Uhr und 5—8 Uhr für die Buchstaben A—K, Dienstag, den 18. September, für die Buchstaben L—Z.

Alt-Glienide. Du mußt Kriegsmusik essen! Uns geht nachstehende Klage zu: Bei der Ruteilung der von der Gemeinde beschafften Lebensmittel ist in jüngster Zeit eine Verschwendung in Anwendung gebracht worden, die den berechtigten Anwohnern der Bevölkerung erregt. Das leidige Kriegsmusik ist es, das dieses Kergernis erregt. Es wird nämlich verlangt, daß z. B. in dieser Woche nur die Familien den zugeordneten Ration erhalten, die zugleich auch die bestimmte Ration Kriegsmusik abnehmen. Da nun aber sehr viele Menschen dieses Musik nicht essen mögen wegen seiner schlechten Qualität, erhalten sie zur Strafe dafür den Rationstisch gleichfalls nicht.

Wir fragen: Ist es berechtigt, solche Bestimmungen zu treffen und der Bevölkerung ein Produkt zu strotzieren, das sie nicht haben will?

Friedrichshagen. Lebensmittel. Heute gelangt auf Abschnitt 45 der Lebensmittelkarte Marmelade zum Verkauf. Auf jede Karte entfällt 1 Pfund zum Preise von 1,70 M. Ferner werden auf Abschnitt 49 für diese Woche noch 2 Pfund Kartoffeln verteilt.

Rommes. Verkauf von Fischen. Heute findet auf Kartenabschnitt 8 (rot) der Lebensmittelkarte der Verkauf von marinierten Heringen und auf Kartenabschnitt 5 der Verkauf von Seefischen statt. Die Waren werden in den Verkaufsstellen der Gemeinde abgegeben. Die Kartenabschnitte behalten solange ihre Gültigkeit, bis alle Einwohner befriedigt sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Am Mittwoch tagte im Volkshaus eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung. Landtagsabgeordneter Otto Braun hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Unsere Ernährungspolitik“. Ohne Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Mitgliederversammlung ist überzeugt, daß bei schärfer Bekämpfung des Schleichhandels bei anderer und besserer Organisation der Lebensmittelteilung eine gleichmäßige Rationierung durchführbar ist.

Es muß erwartet werden, daß die Kartoffelration für Kopf und Woche auf mindestens 10 Pfund festgesetzt wird, ferner daß die Fleischration erhöht wird. Politische Beschlagnahme und Vertrieb durch die Gemeinden sind die Mittel, die unbedingt angewandt werden müssen. Die sozialistischen Vertreter in Reich, Staat und Gemeinden sollen ihre ganze Aufmerksamkeit den Ernährungsstellen zuwenden, ihren ganzen Einfluß aufbieten, daß die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung besser gewahrt werden als bisher.

Die arbeitende Bevölkerung hat die Pflicht zur Wahrung ihrer Interessen sich den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und mit allen Kräften für den Ausbau ihrer Organisationen zu wirken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß auch zu dieser Versammlung der Magistrat eingeladen sei, jedoch erklärt worden ist, daß aus parteipolitischen Gründen eine Vertretung nicht erscheinen könne.

Bekannt gemacht wurde, daß von nun ab die Mitgliederversammlung an jedem dritten Dienstag im Monat stattfindet. Zu bemerken ist, daß der Besuch der Mitgliederversammlung jetzt hat, daß auch in Charlottenburg der Schritt der Mehrheits-Anhänger der richtige gewesen ist. Der Verein hat jetzt eine stetige Zunahme des Mitgliederbestandes aufzuweisen.

Waldorf an der Ostbahn. Am Sonnabend sprach Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt in einer quibusierten Versammlung über „Frieden und Neuorientierung“. In der Diskussion suchte Herr Hofrat Lehmann eine Lange für einen alldeutschen Frieden einzulegen, wozu aber unter den Versammelten nicht die geringste Neigung vorhanden war. Der Referent widerlegte diese Ausführungen in seinem Schlusswort und erzielte reichen Beifall. Gegen zwei Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die sich einverstanden erklärt mit den Ausführungen des Referenten und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie billigt weiter den Beschluß des Reichstags über den Verständigungsfrieden und wünscht die baldige Verwirklichung der politischen Neuorientierung.

Aus aller Welt.

Niesenbrand in Nudern. Bern, 13. September. „Echo de Chine“ meldet aus Narieste, im japanischen Vahnhof Nudens sei ein Brand ausgebrochen, der sich auf die Stadt ausgedehnt habe, in der über 800 Häuser zerstört wurden. Die Schäden betragen 1/2 Millionen Dollar.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, 16. September: Spielen bei Penfel, Weininger Straße 8. Anfang 7 Uhr. Mittwoch, 19. September: Spielen im Hotel. Anfang 8 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

— G. B. 51. Werden Sie sich an den Holzarbeiterverband, Rungestraße 30. — G. B. 62. 1. Der Ort ist uns nicht bekannt. 2. Dies ist von der Genehmigung der Herrensleitung abhängig. — Kriegervater 31. Gehild gerührt und groß gekostet können Wägen als Kaffee-Übrige perloendet werden. — H. Z. Erkundigen Sie sich wegen des Abtrags bei der bezüglichen Kriegsgefangenenliste, Berlin O 2, Kleine Museumsstr. 5.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zunächst ziemlich kühl, zeitweise bewölkt, jedoch nordöstlich mäßig und im Nordosten, später auch im Westen leichte Regenfälle und wieder etwas wärmer.

Dresdner Bank.

Außerordentliche Generalversammlung.

Die Aktionäre der Dresdner Bank werden hierdurch zu einer außerordentlichen Generalversammlung,

Freitag, den 5. Oktober 1917,

mittags 12 Uhr,

im Bankgebäude: Dresden, König-Johann-Straße 2, stattfindet, eingeladen.

Tagesordnung.

1. Genehmigung des mit der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft Aktiengesellschaft in Aachen abgeschlossenen Vertrages, welcher die Uebernahme des Vermögens derselben unter Ausschluß der Liquidation gemäß §§ 205 und 208 H. G. B. gegen Gewährung von nom. M. 7 250 000 vom 1. Januar 1918 ab dividendenberechtigten Aktien der Dresdner Bank unter Bareinlösung des Dividendscheines der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft Aktiengesellschaft für 1917 mit 4% zum Gegenstand hat.
 2. Genehmigung des mit der Märkischen Bank in Bochum abgeschlossenen Vertrages, welcher die Uebernahme des Vermögens derselben unter Ausschluß der Liquidation gemäß den §§ 205 und 208 H. G. B. gegen Gewährung von nom. M. 6 000 000 vom 1. Januar 1918 ab dividendenberechtigten Aktien der Dresdner Bank unter Bareinlösung des Dividendscheines der Aktien der Märkischen Bank pro 1917 mit 4% zum Gegenstand hat.
 3. Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals um M. 40 000 000 durch Ausgabe von 60 000 Stück von 1. Januar 1918 ab dividendenberechtigten Aktien, im Übrigen mit den bisherigen gleichgestellten Aktien zum Nominalbetrage von M. 1000.
 4. Statutenänderung:
 - a) Aenderung des § 5 entsprechend dem Kapitalerhöhungsbeschlusse.
 - b) Nachdem die Inhaber der drei Aktien zu je M. 1000, der Aktin zu M. 1235,25 und der Aktin zu M. 1969,87 diese zusammen nom. M. 8400 betragenden Aktien zwecks Zusammenlegung in sieben Aktien zu je M. 1200 und die Inhaber der vier Aktien zu je M. 2000 dieselben zwecks Zusammenlegung in acht Aktien zu je M. 1000 zur Verfügung gestellt haben, soll § 6 Abs. 1 folgende Fassung erhalten:
„Das Aktienkapital zerfällt in 60 000 Aktien zu je 600 Mark, in 136 660 Aktien zu je 1000 Mark und in 60 000 Aktien zu je 1000 Mark deutscher Reichswährung. Alle Aktien lauten auf den Inhaber.“
 - c) An Stelle des § 27 Satz 1 des Statuts soll folgende Bestimmung treten:
„Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Aktionär berechtigt. Das Stimmrecht wird in der Weise ausgeübt, daß je zweihundert Mark Nominalbetrag eine Stimme gewährt.“
 5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
- Zur Ausübung des Stimmrechts sind nach § 27 der Statuten nur diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über die deutsche Natur bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am fünften Tage vor dem Tage der Generalversammlung bei den nachverzeichneten Stellen
- bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,
 - bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig,
 - bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart,
 - bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M.,
 - bei dem Bankhaus L. & E. Wertheimber in Frankfurt a. M.,
 - bei dem Bankhaus P. A. Neuhauer in Magdeburg,
 - bei dem Bankhaus A. Levy in Köln,
 - bei dem Bankhaus Simon Hirschland in Essen,
 - bei der Märkischen Bank in Bochum
- gegen eine Empfangsberechnung hinterlegen und während der Generalversammlung hinterlegt lassen.

Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der Bank des Berliner Kassen-Vereins vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 3. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, des Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind.

Dresden, den 11. September 1917.

Direktion der Dresdner Bank.

E. Gutmann, Nathan.

Eine glänzende Zukunft

wird allen erblühen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerringens sein wird. Es werden überall gebildete und leistungsfähige

Mitarbeiter gesucht

sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht veräumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen od. die fehlenden Kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eins vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Ruslin“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch

Bonness & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Mehr Gemüse!

Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft (Vereinsstelle Berlin W 15, Pariser Straße 18 a) vergrößert ihre Pflanzungen auf das Doppelte und nimmt jetzt weitere Mitglieder mit Anteilen von

100 Mark

bis zu 2000 Mark als stille Teilnehmer auf. Kriegsanleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Jedes Mitglied erhält Gemüse für den eigenen Bedarf. Das übrige wird an die Reichsgemüsestelle verkauft. Der Vereinsdienst zur Verzinsung der Einlagen und wird als Dividende an die Mitglieder verteilt.

Näheres durch den Vorstand.

Storm als Lyriker.

Zu seinem 100. Geburtstag.

Die Bedeutung und die Wirkung der feinen und dauernden Kunst Theodor Storms beruht in ihrer lyrischen Natur. Von hier aus ist er ganz zu erfassen. Es trifft sich glücklich, daß zu seinem Geburtsfeste ein Literaturhistoriker uns eine Schrift über ihn gesendet hat, der feinsinnig in das Wesen der Lyrik wie die besondere Natur Storms eingedrungen ist. Alfred Biese, dem wir eine der besten neueren deutschen Literaturgeschichten verdanken, faßt in seiner Festgabe Theodor Storm (Verlag Giese u. Weder, Leipzig) alles zusammen, was uns Storm menschlich und künstlerisch wertvoll macht. Aus dem Abschnitt „Storms Künstlerium“ heben wir seine Einführung in Storms Lyrik heraus.

Storm findet die eigentliche Aufgabe des lyrischen Dichters darin, eine Seele in Stimmung zu versetzen im Gedicht festzuhalten, daß sie durch dieses bei dem empfänglichen Leser geweckt, ja nachgeschaffen wird. Wort und Wirkung hängen davon ab, daß sich die individuellste Darstellung mit dem allgemeinsten Inhalt zusammenfindet. Und wie sehr seit Wilhelm Müllers schönem und tiefem Buche der Begriff „Erlebnis“ zum Schlagwort geworden ist, vor allem im Sinne dessen, was Goethe „Belegenheit“ nennt, so stellt auch Storm schon die Forderung auf, es müsse bei einem lyrischen Gedicht nicht allein, wie im übrigen in der Poesie, das Leben, nein, es müsse geradezu das Erlebnis dessen Grundlage bilden, wie ja auch diejenigen Lieder Goethes, die von unsterblicher Wirkung seien, nachweislich unter der Herrschaft des Romantes entstanden seien.

Vor allem wendet sich Storm gegen das willkürliche und massenhafte Schaffen lyrischer Gedichte, das auf einem gänzlichen Verkennen des Wesens der lyrischen Dichtkunst beruht; den echten Lyriker werde sein Gefühl von selbst zum Schaffen nötigen, wenn es das höchste Maß von Fülle und Tiefe erreicht habe, dann aber auch wie mit Herzblut alle einzelnen Teile des Gedichtes durchströmen. Seine künstlerische Fähigkeit, die Stimmung, die Gefühlsatmosphäre, aus welcher das Gedicht entspringen ist, auf den Leser zu übertragen, ruhe zunächst in der äußeren Form, indem jedes Wort in dem eigenen Herzen oder der eigenen Phantasie des Dichters seine Wurzeln habe, so daß die Phrase, das bloße Ueberkommene vermieden werde. Der Dichter-kritiker findet die Wirkung des Klanges, der Art der Satzbildung, des Wechsels ein- und mehr-, gleich- und ungleichsilliger Worte, des Konsonanten- oder Vokalgehaltes der einzelnen Silben oder Reime, ihrer Flüchtigkeit oder Schwere, ferner der Affonanz und Alliteration usw. als etwas Unberechenbares, Angreifbares, denn mit dem formellen Klang verbinde sich etwas Inniges, Seelisches. Die bloße schöne Form, den rhythmischen und musikalischen Wohlklang, ohne ein notwendiges inneres Verhältnis zum Inhalt, befehlet Storm am schärfsten. Der Vertreter und Meister der schönen Form, der — wie er noch 1854 schreibt — freilich „höchst Anerkennenswertes geleistet“ habe, ist ihm Geibel; scharfer lautet das Urteil in dem Briefwechsel mit Keller:

„Geibel den Menschen habe ich allezeit hochgestellt, den Dichter nur sehr bedingt anerkennen können; ich gebe nicht mein „Oktobersied“ für seine ganze Lyrik.“ Storm vermisst bei ihm die latente Leidenschaft; denn er beurteilt alle noch so wohlklingende Lyrik, die weder aus einem Drange der Phantasie oder des Gedankens noch der Empfindung hervorgeht, sondern vielmehr aus der anmäßigen Gewohnheit musikalischer Rhythmenbildung.

Durch Kampf und Schmerz müssen die Stoffe zum inneren Eigentum gemacht werden, nur unter solchem Zwange des Erlebens tragen die Gedichte echte Einfachheit und den tiefen Naturlaut an sich. Nicht minder gefährlich als die glatte, leere und hohle Form ist, nach Storms Kunsturteil, für die Lyrik die Phrase und die Rhetorik im Dienste der Reflexion; geistreiche Gedanken über die Liebe, noch so schön vorgetragen, ergeben noch kein lyrisches Gedicht, sondern nur ein Mittelglied zwischen lyrischer und diaktischer Poesie; das echte Liebeslied muß vielmehr die Atmosphäre der Liebe in seinen Versen einfangen, so daß es und beim Lesen mit unwiderstehlicher Gewalt der Ahnung oder Erinnerung überflutet, ohne Vermittlung des Denkens. Pathos und Bilderkram, die das Gedankenhafte geradezu ohne die Erregung des Gefühls und der Anschauung darbieten, sind für Storm Tod der echten Lyrik. Am vollendetsten erscheint ihm das Gedicht, dessen Wirkung zunächst eine sinnliche ist, aus der sich dann die geistige von selbst ergibt, wie aus der Wärme die Frucht. Der Gedanke muß durch das Gemüt und die Phantasie des Dichters seinen Weg genommen und dort

Wärme und Farbe und Klang gewonnen haben“; dem Dichter soll das Lied eine „Erlösung“, dem Leser eine „Offenbarung“ oder eine Genugtuung und Befriedigung bedeuten.

So ist Storm überzeugt, daß im kleinsten Liede sich die größte dichterische Kraft offenbaren kann.

Er war auch stolz darauf, daß er nur selten in seinen Gedichten den ersten Entwurf habe ändern müssen; wo Varianten von Bedeutung sind, ist es höchst lehrreich, den Gründen nachzugehen.

„Die Kunst, zu sagen, was ich leide“, ist nur wenigen gegeben; Storm findet sie bei den besten Lyrikern, wie Günther, Hölth, Goethe, Claudius, den er besonders hochstellt, und Ahland nur in seltenen Augenblicken.

Wir sehen also, daß Storm nur der Gefühlslirik, dem Volksliedmäßigen, eine Daseinsberechtigung zuspricht. So sein sein Empfinden für das im engeren Sinne Lyrische ist, so unerbittliche Sätze er auch aufgestellt hat, so ist eine gewisse Einseitigkeit doch nicht zu verkennen; er wird weder Goethes Liedern gerecht, wenn er es ihnen zum Vorwurf macht, sie seien ohne Kommentar nicht verständlich — obwohl wir diesen im Herzen tragen —, noch auch seiner Gedankendichtung, seinen Hymnen und Elegien, in denen das Gedachte ebenso wie das Gefühls- und Gesagte zum echten Erlebnis wird und somit auch die ganz besondere Forderung findet.

Wir sehen: Gerade die Unbewußtheit gegenüber der Bewußtheit, die Unmittelbarkeit des Empfindens und der Anschauung gegenüber der Vermittlung durch das Denken oder durch den Stoff oder durch die schöne Form, die Natürlichkeit oder „Geradeheit“ des Gefühls (bei Claudius), die ins Wort überströmt und den Leser gewinnt, die „warme unmittelbare Lebhaftigkeit“ (bei Mörike's „Turmbau“), die Tiefe des Augenblicks-Erlebens (bei Goethe u. a.) sind für Storm die Grundforderungen des echten lyrischen Schaffens. Er bekämpft Mörike: „Sobald ich recht bewegt werde, bedarf ich der gebundenen Form. Daher ging von allem, was an Leidenschaftlichem und Herbem, an Charakter und Humor in mir ist, die Spur meist nur in die Gedichte hinein.“ Und jedes Gedicht ist für den Willigen und Empfänglichen dafür sprechender Beweis.

Was Mörike und Storm verbindet, ist nicht nur der Zug zum Ästhetischen, nicht nur der feine Naturinn, sondern vor allem die Empfänglichkeit für das Märchenhafte, Ahnungsreiche in der Seele Dämmern, das Belauschen der verborgenen Quellen der Natur und des Lebens“; sie sind Lyriker auch im Sinne des Volksliedes und Goethes. Mörike ist noch mystischer in seinem Naturgefühl als Storm, und gar manches trennt auch sonst beide selbstverständlich scharf voneinander, zumal sie eben Charakterköpfe für sich sind. Mannhafte Einsprüche erhebt er gegen die Behauptung, daß nicht die stärksten und die höchsten Bewegungen der Seele durch seine Gedichte stürzten, daß doch eigentlich der volle Derton in seiner Lyrik nicht so recht herauskomme. „Ich glaube nicht bloß die sinnige Weise, sondern eben auch die Energie der Begeisterung und des Charakters in meiner Lyrik zu haben. Wo findet z. B. das Heimatgefühl einen zugleich so poetischen und so starken Ausdruck wie in dem Gedichte „Abschied“? — Er hebt hervor, von der letzten Zeile in „Ostern“: „Das Land ist unser, unser soll es bleiben“ sagte jemand, es sei, als wenn töndernd Blodenschlag plötzlich ins Ohr schlage; er erinnert an Zellen — „Dör mich, denn alles andere ist Lüge, kein Mann gedeiht ohne Vaterland“, an das „Oktobersied“, „Für meine Söhne“, „Ein Sterbender“, an seine politischen, d. h. mit voller Glut des Erlebens hingestellten Lieder — z. B.:

„Es steigt die Blut; vom Ring des Reiches her
Im Abenddämmer erdtrübt dem Wasserpiegel;
Ihr schlafet schön! Das heimliche Meer
Wirft seinen Glanz auf eure dunklen Hügel.
Ihr aber, denen ohne Trommelschlag
Durch Feindeshand bereitet ward der Rufen,
Hört dieses Lied und harret auf den Tag,
Daß unsre Reiter hier Reueille blasen!“

„Das sind langvolle, wichtige Verse, starke Dertöne, die weder Heine noch Mörike haben; die sich weder in sich zurückschmiegen, noch von denen man sagen kann, daß sie sich mit einem bescheidenen Glanze begnügen müssen. Nir ist, als drohnten die Verse wie Erz.“

Es ist unschwer, in der patriotischen wie in der Natur- und besonders in der Liebeslyrik, die so vielfältig ist wie das Menschenherz selbst, und in der männlichen, charaktervollen Dichtung die volle Unmittelbarkeit darzulegen. „Tiefstes Selbstleben ist das Wesentlichste.“ Das war der grundlegende Satz für seine Kritik und für sein eigenes Kunstschaffen. „Keine Gedichte habe ich nicht gemacht, sie waren da“ sagte er. Storm schält den Goldkern des Erlebten

aus den Schalen heraus, um ihn ganz rein und frei von allem Alltäglichen und Vorübergehenden zu gestalten. Er schöpft aus den Tiefen des unmittelbaren lyrischen Empfindens.

Komödienhaus: „Die beiden Seehunde“.

Lustspiel von Karl Kühler.

Die Aufführung stand unter einem guten Stern. Der liebenswürdige Humor, der sich in diesem neuen Stüchchen des durch die „fünf Frankfurter“ weithin bekannten Autors ausprägt, fand in Herrn Eugen Burg, der sonst in Schwerendrieroßen glänzte, eine so überaus gelungene Verkörperung, daß alle Schwächen und Unwahrscheinlichkeiten der Komposition das Auskommen echt lustspielmäßiger Stimmung nicht verhindern konnten. Statt der leeren Verdrießlichkeit, die die meisten Exemplare der tagesüblichen Komödien im Zuschauer zurücklassen, blieb hier die Erinnerung an etwas Freundliches und Gutes.

Das alte Märchenhema von dem Könige, der verkleidet ausgeht, um selbst zu sehen, wie man im Volke lebt und denkt, wird da am Beispiel eines alten kaiserlichen Herrn aus Großbäckerzeiten mit harmlos freiem Scherz abgewandelt. Seine Blase und die im Bogen herunterhängenden weißen Schanzapfartigen haben ihm den Spitznamen des Seehunds eingetragen. Bequem behaglich, ganz Privatmensch, hat er die Geschäfte des Regierens von je als ein durch hochhaften Zufall der Geburt ihm aufgehaktes Komödienstück betrachtet. Der Formenstreifen und die untertänige Haltung der Umgebung belästigt und belüßt ihn. Wie ein Schüler die Stunden, sucht er den offiziellen Feiertagen durch Schwänzen zu entgehen. Ein Eckensteher, der in der Stadt berühmt ist als des Fürsten Doppelgänger, der zweite Seehund, sucht wegen Polizeisanktionen eine Audienz nach. Weil er dem hohen Herrn so zum Verwechseln ähnlich läßt, habe der noch eine ganz besondere Verpflichtung, ihn zu schützen! Die Logik dieses Anspruchs amüsiert ihn und bringt ihn auf den Einfall, die so gebotene Gelegenheit zur Erfüllung seines alten Wunsches, inognito im Volk herumzuwandern, auszunutzen. Er tauscht das Wams mit seinem Doppelgänger, der ein paar Stunden ihn vertreten soll, und übernimmt dafür das Dienbotenamt. Die Meinungen über seine Person, die er von seinen guten Bürgern da zu hören bekommt, sind noch viel weniger jämmerlich als die, die er im stillen von sich selber hegte. Er lernt die Niedertreue von Hochgestellten, die er mit Orden ausgezeichnet, wie die Hilfsbereitschaft einfach dicker Menschen kennen. Die Kunst des Darstellers ließ das Interesse auch an diesen etwas volkstümlich grob zugehauenen Szenen nirgendwo erlahmen; ja, feierte darin Triumphe. Kamentlich die Unterhaltung mit der gutmütigen Hebamme, die den armen Teufel nach Bier und Wärschen ins Wirtshaus schickt und mit ihm teilt, gestaltete sich durch sein Spiel zu einem kleinen Meisterstück des diskreten rührenden Humors. Auch für den dritten Akt, die Rückverwandlung in die früheren Rollen, blieb eine Reihe blühendmächtig lustiger Pointen aufgespart, und an dem Schlusse, in der tiefen Freude des alten Herrn, als ihm die Aussichten auf ein künftiges Leben eröffnet werden, klang noch einmal das menschliche des Grundtons stark hervor.

Auch die anderen Mitspielenden machten sich um den Erfolg verdient; insbesondere Herr Berthold Koss als Dienstmann, dem sein Doppelgänger drollig zu Kopf gestiegen, Herr Leonhard Haskel als ewig würdevoller Kammerdiener und Alfred Kühne in der Figur des dickbäuchig glückstrahlenden Ordensjägers. Sehr stimmungsvoll wirkte der von Svend Gabe entworfene Marktplay des alten Städtchens.

Notizen.

— Theaterchronik. Das kleine Theater hat die Erstaufführung von Sternheims Komödie „Bürger Schappel“ auf Montag, den 17., verschoben.

— Im Deutschen Theater werden als nächste Klassiker-Inszenierungen „Napoleon“ und „Shakespeare's „Wie es euch gefällt“ in Szene geben.

— Frauenstudium in der Türkei. Die Regierung, die jüngst den türkischen Frauen das Studium an der medizinischen Fakultät gestattet hat, hat nunmehr auch an der Handelsschule ein Frauenabteilung errichtet.

— Weiße Blaubeeren sind neuerdings mehrfach in Dänemark gefunden worden. Doch ist diese Tatsache nicht gar so erfreulich. Es handelt sich lediglich um eine durch Standort und andere äußere Verhältnisse abgeänderte Art der Heidelbeere, die auch in Deutschland an gewissen Gegenden auftritt.

„Ja, aber läßt es sich denn nicht auf eine andere Art machen? Ist es notwendig bei so einem Verbotsgeschäft, daß ein Grund angegeben wird, warum —“

„Ich kriego den Hardebvogt nie und nimmermehr dazu. Rein. — es sieht wirklich überhaupt gar nicht so gut aus. Ich fürchte sehr, daß ich ihn nicht mehr soweit bringe, den Ausschub in der Bajmoor-Sache zu erneuern. Und kommt es darin zum Spruch — was dann?“

„Er appelliert nicht dagegen — dieser Mensch!“

„Anders Hjarmsted? — O! — auf so was sollte man sich wirklich nicht verlassen, und seine Beweise sind ja allzu sonnenklar. — Parzellierungskarte, persönliche Zeugen, — nein, das tut der Hardebvogt auch nicht!“

„Hören Sie mal, ich dachte eigentlich, Sie hätten den Hardebvogt ganz in der Tasche, lieber Fischer!“

„Ich kann ihn ruinieren, an welchem Tag ich will, — aber — äh — er kann mich, den Kuckuck auch, gleichfalls ruinieren. — Rein, in der Sache mit dem Kirchensack können Sie sicher sein. Da geschieht nichts. All diese geistlichen Entscheidungen beruhen ja bloß auf einer behaglichen Auffassung nach einem guten Mittagessen. Aber ein juridisches Urteil, — das ist, den Kuckuck auch, etwas, das seinen Mann verpflichtet.“

„O, mir scheint, Sie nehmen die Dinge ein bißchen leicht, Adjunkt Fischer.“ sagte plötzlich Madam Faurholt, die bisher in der Stube herumgetrippelt war, wie wenn sie aufräumte. Sie wandte sich unmittelbar an den Adjunkten. Ihr Gesicht hatte sich in der letzten Zeit merklich verändert. Sie war geradezu hohlhändig geworden, und die Furche von der Nase herab um die Mundwinkel war tief und scharf geworden.

„Für mich ist es weder wehr, noch weniger, als daß für mich alles zerstört worden ist.“

„Beste Madam Faurholt, ich nehme wirklich nie zu leicht, was in Beziehung —“

„Ich habe beide meine Töchter verloren, so daß ich beinahe meine, es wäre besser, wenn ich sie niemals befehen hätte. Und nun sollen wir ganz aus dem Spiel gesetzt werden, so daß jeder junge Maulaffe, der hier im Kirchspiel einen Hof kauft, sagen soll, was wir tun dürfen und was nicht. — Ja, wenn Anders Hjarmsted und soll verbieten können, im Bajmoor zu pflügen oder unsre Kinder in der Wiese weiden zu lassen, wie's immer gewesen ist, — dann möcht ich wünschen, oben auf dem Kirchhof zu liegen! Ich würde ja wieder Stavn, noch das Hardebner Kirchspiel noch länger wiedererkennen, wenn das geschähe.“

„Ich will Ihnen zeigen, Madam Faurholt, daß ich diese Dinge durchaus nicht leicht nehme; getrauen Sie sich, mir Ihre Tochter Gjatrid zu versprechen. — aber wohl zu merken: un widerruflich. — so will ich das Neugerste wagen, so will ich dem Hardebvogt das Messer an die Kehle setzen und nimmt es dann schließlich ein süßes Ende. — ja, dann werde ich jedenfalls dafür sorgen, daß ich es so geitig weiß, um nach Amerika entweichen zu können, auch ohne ökonomische Verluste von dem Ortswechsel zu haben.“

„Wollen Sie dann übermorgen die Kurkon verhindern, wenn der Kirchspielvogt —?“ fragte Faurholt.

„Rein! — nicht im mindesten! Das ist unmöglich. Ich könnte in dem Fall ebenso gut den Tag drauf Reichens nach Amerika nehmen. Rein, — an die Bajmoor-Sache denke ich.“

„Ja, aber ich kann Ihnen Gjatrid nicht bestimmt versprechen,“ sagte Madam Faurholt. „Sie können sie ins Haus bekommen als Wirtschafterin. Das soll sie werden, ob sie nun weinen oder singen mag. Und dann können Sie versuchen, ob Sie sie für sich gewinnen. Aber ich wag es nicht mehr, meine Töchter zu zwingen. — ich kann ja auch nicht. Dazu hab ich Cecilia doch nicht zwingen wollen, — so wie es geworden ist.“

Der Adjunkt suchte die Köpfe.

„Und sie soll ihre Kammer oben im westlichen Flügel vom Haus haben, die Gjatrid. Sie soll nicht da schlafen, wo Ihre Wirtschafterin jetzt ihr Zimmer hat. Soviel haben Sie wohl verstanden?“ Madam Faurholt sah ihn scharf an.

„Gott bewahre!“ — er schlug zuerst die Augen nieder, da, ach sah er zum Fenster hinaus.

„Aber jetzt das mit Anders Hjarmsted,“ sagte Faurholt, „gibt es nicht auch andre Wege, wie wir —“

„Ja, — ihn soweit bringen, bis er sich verrennt! — das hab ich ja schon gesagt; das kann doch gewiß nicht so schmerzhaft sein, er ist ja wie ein Pulverfaß. Ich meine auch, es könnte in dieser Beziehung von vortrefflicher Wirkung auf ihn sein, wenn er erfährt, daß Jungfer Gjatrid zu mir ins Haus kommt. Und dann, — ich werde mir den Rads Horrens vornehmen! Ich werde ihm schreiben und ihm sagen, daß ich von Dbrigkeit wegen etwas mit ihm zu besprechen hätte. Darüber wird niemand sich wundern. — Er muß große Dinge ausrichten können, wenn er auf die rechte Art Verwendung findet.“ —

(Fortf. folgt.)

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Erif Skindtoft, der wieder auf dem Hjerrehof zu Besuch war, — er bewohnte eine größere Häuslerbehausung auf dem Feld des Hjerrehofs, die er gekauft hatte, — lachte wie besessen. „Er muß versucht aus dem Bau heraus, der Reineke Fuchs! Er muß heraus und zusehn, ob nicht ein Spalt da sein sollte, um hindurchzuschlüpfen zu können.“

Der alte Per Hjarmsted wurde unruhig und sagte ängstlich-fragend zu seinem Gaste: Davon sei ja doch wohl keine Rede, daß Aresten wieder einen Ausweg für sich finden könne. —

Anders war nach Bjordby gefahren, um den Trauschein zu lösen. Er hatte genug andere Beforgungen, hinter denen er Deckung fand.

Zu der gleichen Zeit ungefähr, während Anders in der Stadt war, befand sich Adjunkt Fischer unten auf Stavn. Er war nicht zu Hause gewesen, als Faurholt des Mittags auf dem Thinghof war.

Er, Faurholt und dessen Frau sahen in der Wohnstube und verhandelten.

„Ich kann wirklich kein solches Verbot erlassen, lieber Proprietär Faurholt, so gern ich auch möchte“, sagte der Adjunkt und schlug sein rechtes Bein über das linke stieg.

„Ich kann nicht einsehn“, antwortete Faurholt, „warum das anders sein sollte als mit dem Bajmoor. Das kann ich wahrhaftig nicht.“

„Es verhält sich aber völlig anders. Nun dürfen Sie sich auch nicht — ich meine: Sie sind doch so klug. Sehen Sie: den Zustand im Bajmoor haben die Bewohner des Kirchspiels nun einmal akzeptiert, — natürlich mit Ausnahme dieses Menschen auf dem Hjerrehof. Die Leute werden zufrieden sein, wenn sie nur ihren Loß da unten weitergraben dürfen. Da steht Anders Hjarmsted im Kampfe allein, — hat jedenfalls bisher allein gestanden. — Aber ein Verbot dagegen erlassen, Ihr Vieh ins Haus zu nehmen, wenn es auf seiner Wiese umherläuft — Herrgott! das kann ja nur geschehen, indem rechtmäßig behauptet wird, daß die Wiesen gemeinsamer Besitz wären. Aber das ist doch Wahnsinn. Ich denke, Ihre eigenen Verwandten würden sich gegen Sie auflehnen, wenn das geschähe.“

